

---

# AKKUMULATION

INFORMATIONEN DES ARBEITSKREISES FÜR KRITISCHE UNTERNEHMENS- UND  
INDUSTRIEGESCHICHTE

Nr. 21/2005

---

## Die Selbstbedienungsgesellschaft

### Banken und Einzelhandel in Zeiten rechnergestützter Dienstleistungen

Barbara Bonhage, Katja Girschik, ETH Zürich

#### Einführung

Die Rede von der Informationsgesellschaft ist in aller Munde. Mit dem Begriff wird nicht nur die Gegenwart, sondern auch die jüngste Vergangenheit beschrieben. Manchmal spricht man auch von der Wissensgesellschaft oder der Netzwerkgesellschaft.<sup>1</sup> Nicht selten werden die Begriffe aber in unklarer Abgrenzung voneinander verwendet. Es kommen Attribute hinzu, welche die Gesellschaft als eine globalisierte, privatisierte, liberalisierte, deregulierte, internationalisierte, digitalisierte, technisierte, vernetzte oder flexibilisierte beschreiben. Allerdings bleiben diese Zuschreibungen oft geschichtslos. Es wird meist nur sehr allgemein auf angeblich beschleunigtes und intensiviertes kollektives Handeln verwiesen, zum Beispiel in Bezug auf Mobilität, Massenkonsum, Kleinkredite, Warenumschlag und Investitionstätigkeiten. Nicht selten wird eine Revolution unterstellt.<sup>2</sup> Es wird aber nicht erklärt, wie und warum bestimmte neue gesellschaftliche Handlungsformen auf die ganze Gesellschaftsformation durchschlagen und dort einen grundlegenden Wandel provozieren.

---

<sup>1</sup> Zur Entstehung des Begriffs der Informationsgesellschaft: Bell, Daniel: *The coming of post-industrial society. A venture in social forecasting*, New York 1973. McLuhan, Marshall; Quentin Fiore und Jerome Angel: *The medium is the message*, Harmondsworth 1967. Drucker, Peter F.: *The age of discontinuity. Guidelines to our changing society*, New York 1969. Beniger, James R. (Hg.): *The control revolution. Technological and economic origins of the information society*, Cambridge 1986. Einen Literaturüberblick gibt: Gugerli, David; Kupper, Patrick und Speich, Daniel: *Rechne mit deinen Beständen. Dispositive des Wissens in der Informationsgesellschaft*, in: Berthoud, Gérald u.a.: *Société d'information – récits et réalités*. 21. Kolloquium Gerzensee der SAGW, Freiburg 2005, S. 79-108. Auf den Begriff der Wissensgesellschaft verweist insbesondere: Stehr, Nico: *Arbeit, Eigentum und Wissen. Zur Theorie von Wissensgesellschaften*, Frankfurt a.M. 1994. Weingart, Peter: *Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft*, Weilerswist 2001. Burke, Peter: *Papier und Marktgeschrei. Die Geburt der Wissensgesellschaft*, Berlin 2002. Einschlägig für das Verständnis von Netzwerken: Castells, Manuel: *Das Informationszeitalter I: Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft*, Opladen 2001. Böhme, Hartmut: *Einführung. Netzwerke. Zur Theorie und Geschichte einer Konstruktion*, in: Barkhoff, Jürgen; Böhme, Hartmut und Riou, Jeanne: *Netzwerke. Eine Kulturtechnik der Moderne*, Köln 2004, S. 17-36. Baran, Paul: *On distributed communications*, Santa Monica 1964.

<sup>2</sup> Die Vorstellung einer technologischen Revolution vertreten: Toffler, Alvin: *The third wave*, Toronto 1980. Finkelstein, Joseph: *Windows on a new world. The third industrial revolution*, New York 1989. Negroponte, Nicholas: *Total digital. Die Welt zwischen 0 und 1 oder Die Zukunft der Kommunikation*, München 1989. Wie brüchig das Konzept einer post-industriellen Revolution ist, zeigen hervorragend auf: Winter, Susan J. und Taylor, S. Lynne: *The role of information technology in the transformation of work: A comparison of post-industrial, industrial and proto-industrial organization*, in: Yates, Joanne und Van Maanen, John: *Information technology and organizational transformation: history, rhetoric and Practice*, Thousand Oaks 2001, S. 7-33.

Eine Historisierung der Veränderungsprozesse der vergangenen Jahrzehnte fehlt also bisher weitgehend. In unserem Forschungsprojekt<sup>3</sup> wollen wir – ausgehend von einer genauen Quellenanalyse – empirische Ergebnisse liefern, welche dazu beitragen. Dabei lohnt es sich unserer Meinung nach, in den 1960er Jahren anzusetzen. Vor dem Hintergrund dringlicher Rationalisierungsbemühungen wurden jetzt Formen der Automation – teilweise mittels Computern – vermehrt diskutiert.<sup>4</sup> In Verbindung damit sind seither zahlreiche Handlungsformen selbstverständlich geworden, vor allem die hier diskutierte Selbstbedienung in Banken und Supermärkten. Die Telekommunikationstechnologien waren an diesen Veränderungen des Alltags zwar mitbeteiligt. Es gilt aber zu beachten, dass diese Veränderungen auch an sozial voraussetzungsreiche Prozesse gebunden waren: Wie man sich leicht vorstellen kann oder sich sogar noch erinnert, mussten neue Einkaufsroutinen eingeübt werden. Auch musste der Lohn, der am Monatsende noch verfügbar war, nicht mehr unter der Matratze versteckt oder in den Teddybären eingenäht werden.

Mittlerweile haben Telekommunikationstechnologien wesentlich zur Veränderung lebensweltlicher Selbstverständlichkeiten beigetragen. Dass „[n]ahezu jede private Geste [...] heute bereits an ein vernetztes System angeschlossen“ ist, vermag etwa Böhme schlüssig darzutun.<sup>5</sup> Wie es dazu kam, ist weitgehend unerforscht. Telekommunikative Infrastrukturen sind aber das unerwartbare Ergebnis eines komplexen und verschlungenen Weges. Den auf diesen – teilweise in Vergessenheit geratenen – Wegen und benachbarten Pfaden entstandenen Technologien gilt unsere Aufmerksamkeit. Wir analysieren technische Möglichkeiten und Entwicklungen eingebettet in soziale Kontexte und unternehmerische Logiken. Technik verstehen wir also nicht als bestimmenden Faktor für den zu analysierenden sozialen Wandel, sondern als ein Mittel zur Veränderung kommunikativer Gegebenheiten und Wahrscheinlichkeiten.<sup>6</sup> Unser Ziel ist es, zu verstehen, welche Rolle die Einführung neuer elektronischer Mittel im Zuge dieses Wandels gespielt hat. Welche Verheißungen sahen Unternehmen in den neuen telekommunikativen Möglichkeiten? Welche Euphorien, Überzeugungen, Rückschläge und Zweifel prägten diese Entwicklungen? Wichtig ist uns auch zu verstehen, welche unintendierten Handlungsfolgen mit den erprobten oder eingeführten Technologien verbunden sein konnten.

Um den angesprochenen Wandel in seiner historischen Dimension zu beschreiben, verbinden wir also eine technik- mit einer unternehmenshistorischen Perspektive. Denn Unternehmen waren maßgeblich an der Ausbildung der spezifischen Bedingungen von Technik beteiligt. Der Einblick in Quellen von Unternehmen der Einzelhandels- und der Finanzbranche trägt daher dazu bei, die Dimensionen und Facetten, die Entstehungsbedingungen und Behinderungen der entstehenden Informationsgesellschaft zu erhellen. Im Folgenden geben wir aus Dokumenten des Einzelhandelsunternehmens Migros,<sup>7</sup> der Schweizerischen Bankiervereinigung<sup>8</sup> und der schweizerischen PTT<sup>9</sup> erste

<sup>3</sup> Das Forschungsprojekt mit dem Titel „Finanz- und Supermärkte – online. Digitale Telekommunikation und gesellschaftlicher Wandel im lokalen Kontext (1960-2000)“ ist am Lehrstuhl für Technikgeschichte der ETH Zürich angesiedelt und wird vom Schweizerischen Nationalfonds gefördert.

<sup>4</sup> Siehe dazu auch: Heintz, Bettina: Das Fließband im Kopf. Computer und Rationalisierung, in: Brändli, Sebastian; Gugerli, David; Jaun, Rudolf und Pfister, Ulrich (Hrsg.): Schweiz im Wandel. Studien zur neuen Gesellschaftsgeschichte. Festschrift zum 60. Geburtstag von Rudolf Braun, Basel / Frankfurt a.M. 1990, S. 117-147.

<sup>5</sup> Böhme: Einführung, S. 35.

<sup>6</sup> Siehe dazu auch: Gugerli, David: Die Entwicklung der digitalen Telefonie (1960-1985): Die Kosten soziotechnischer Flexibilisierung, in: Stadelmann, Kurt; Hengartner, Thomas und Museum für Kommunikation (Bern): Telemagie: 150 Jahre Telekommunikation in der Schweiz, Zürich 2002, S. 154-167.

<sup>7</sup> Archiv der Genossenschaft Migros Zürich, im Folgenden GMZ.

Einsichten in einen gesellschaftlichen Wandel, der seit den 1960er Jahren Selbstverständlichkeiten grundlegend verändert hat.

Für unsere Analyse beschränken wir uns auf Quellen aus dem schweizerischen Kontext. Mit der Analyse spezifischer Bedingungen in einem Land wird wohl ein Einzelfall, nicht aber ein Sonderfall porträtiert. Denn wir gehen davon aus, dass nicht globale Konzeptionen, sondern lokale Entwicklungstendenzen für die digitale Vernetzung des Alltags von Bedeutung waren. Nationalstaatliche Rahmenbedingungen waren dabei während des gesamten 20. Jahrhunderts von großer Bedeutung. So sind wir angesichts des prekären Forschungsstandes der Meinung, dass die Beschreibung zweier schweizerischer Fälle dazu beiträgt, den gesellschaftlichen Wandel der vergangenen vierzig Jahre zu verstehen.

Erst wenn wir also etwas genauer hinschauen, wo Veränderungen stattgefunden haben, wann sie stattgefunden haben und inwiefern sie unseren Alltag und unsere Selbstverständlichkeiten verändert haben, können wir den gesellschaftlichen Wandel der vergangenen vierzig Jahre etwas genauer beschreiben und beginnen vielleicht, ihn besser zu verstehen.<sup>10</sup> Wir tun dies im Folgenden in zwei Bereichen unseres Alltags. Supermärkte und Finanzmärkte haben sich seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges grundlegend verändert: Im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs bildete sich eine moderne Konsumgesellschaft aus.<sup>11</sup> Eine der damit verbundenen sichtbarsten Veränderungen im Alltag war die Einführung der Selbstbedienung im Einzelhandel.<sup>12</sup> Nachdem sie ihren Siegeszug in der Verkaufsorganisation der ehemaligen Tante Emma Läden angetreten hatte, endete die Idee der Selbstbedienung aber keineswegs. Hier setzt unsere Analyse ein. Einzelhändler, aber auch Unternehmen anderer Branchen, versuchten dieses Erfolgsrezept weiter umzusetzen. Die Selbstbedienung blieb eine viel versprechende Organisationsform; rechnergestützte Automaten schienen das geeignete Mittel dazu zu sein.

In einem ersten Abschnitt werfen wir einen Blick auf den Einzelhandel: Selbstbedienung am check-out schien die logische Weiterführung der Idee in den 1960er Jahren. Die Kasse war im Verbund mit der Selbstbedienung Ausgangspunkt für die folgende technologische Aufrüstung in Form des scannings, der elektronischen Erfassung der verkauften Waren. Hier schienen weitere Rationalisierungen möglich. Am Beispiel der Migros sollen die damit verbundenen Vorstellungen aber auch Rückschläge dargelegt werden.

In einem zweiten Abschnitt befassen wir uns mit der Vorstellung von Selbstbedienung im Bankbereich. Mit dem Ersatz von Lohntüten durch Bankkonten traten die Banken in den 1960er und 1970er Jahren erstmals in ein Massengeschäft ein. Dem Erfolgsrezept des Einzelhandels folgend, sollten auch hier Selbstbedienung und neue Telekommunikationstechnologien die anstehenden Pro-

---

<sup>8</sup> Archiv der Schweizerischen Bankiervereinigung „SwissBanking“ in Basel, im Folgenden SBVg.

<sup>9</sup> Historisches Archiv und Bibliothek PTT in Bern, im Folgenden PTT.

<sup>10</sup> Siehe dazu auch: Orland, Barbara: Wie kann man den Alltagsbegriff für die Technikgeschichte nutzbar machen?, in: Ferrum, 71(1999), S. 4-10.

<sup>11</sup> Tanner, Jakob: Die Schweiz in den 1950er Jahren. Prozesse, Brüche, Widersprüche, Ungleichzeitigkeiten, in: Blanc, Jean-Daniel und Luchsinger, Christine: Achtung: Die 50er Jahre! Annäherungen an eine widersprüchliche Zeit, Zürich 1994, S. 19-50.

<sup>12</sup> Siehe: Spiekermann, Uwe: Rationalisierung als Daueraufgabe. Der deutsche Lebensmittelhandel im 20. Jahrhundert, in: Scripta Mercaturae, 1/1997, S. 69-128. Brändli, Sibylle: Der Supermarkt im Kopf. Konsumkultur und Wohlstand in de Schweiz nach 1945, Wien 2000.

bleme lösen. Das Lohnkonto kann aus der Retrospektive als Ausgangspunkt dafür gesehen werden, dass mittlerweile zahlreiche Finanztransaktionen über elektronische Netze abgewickelt werden.

### **Supermärkte: An der Kasse endet die Selbstbedienung**

Mit der Selbstbedienung schien es der Branche des Einzelhandels endgültig gelungen zu sein, die Warenverteilung in den Griff zu bekommen: Seit Ende der 1950er Jahre übernahmen vielerorts die Kunden das Zusammentragen der Waren im Verkaufsladen. Für die Einzelhändler stellte diese Form der Rationalisierung jedoch keineswegs den Endpunkt ihrer Bemühungen dar. Seit Ende der 1960er Jahre sahen sie in rechnergestützten Anwendungen neue Möglichkeiten zur Automatisierung und damit Rationalisierung der Warenwirtschaft. Diese wurde denn auch als dringlich eingeschätzt: Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte die Zahl der Produkte auf den Regalen der Supermärkte auch in der Schweiz ständig zugenommen. Nicht nur die Zahl der Produkte vergrößerte sich, auch ihre Ausdifferenzierung trug zum rasanten Wachstum an Regalmetern und Sortimentszahlen bei. Die Masse an Produkten verstellte jedoch den Blick auf die Kunden: „Die Vielfalt der Produkte erschwert das Erkennen der Änderung von Verbrauchergewohnheiten.“<sup>13</sup>

Es war klar, wo die Sensoren für das Aufspüren solcher Veränderungen angebracht werden mussten: an der Kasse. Die organisatorische Neugestaltung der Verkaufsläden durch die Selbstbedienung hatte nämlich die Kasse als Scharnier zwischen Einzelhändlern und Konsumenten ins Zentrum gerückt: So frei sich die Kunden auch während ihres Einkaufs in den Selbstbedienungsläden bewegen konnten, alle mussten sie das Nadelöhr der Kasse passieren, um ihre Kaufhandlung abzuschließen. Die Kasse erwies sich darum als Knotenpunkt für eine genaue Erfassung der nachgefragten Produkte und als Ausgangspunkt für eine technisierte und rationalisierte Warenwirtschaft: „Auf der einen Seite zwingen uns die zunehmenden Kundenschlangen an unseren Ausgangskassen, die Knappheit des Angebots an Kassierpersonal und nicht zuletzt die Fehlregistrierung an der Kasse, nach Mitteln und Wegen zu suchen, welche eine Steigerung der Arbeitsproduktivität und Arbeitsqualität des Kassenpersonals erlauben. Zum zweiten benötigen wir für die rationelle Bewirtschaftung unserer ständig wachsenden Sortimente detaillierte Informationen über die täglichen Verkäufe. [...] Wir brauchen aktuelle, kurzfristig verfügbare Verkaufsdaten als Hilfsmittel zur Steuerung des Warenflusses und als Entscheidungsgrundlage im Marketing-Bereich. Die von uns gewünschte Kassenanlage muss also eine sichere und genaue Verkaufsdatenerfassung gewährleisten.“<sup>14</sup>

In der Diskussion um die weitere Rationalisierung der Warenverteilung und Steigerung der Produktivität kam bei der Migros immer wieder das Thema der Beschleunigung des checkouts auf die Traktandenliste. Der Glaube an das Erfolgsrezept „Selbstbedienung“ machte also nicht bei den Waren halt. Auch an der Kasse sollten sich die Kunden selbst bedienen. 1965 wurden in der Filiale Wollishofen, Zürich, so genannte „Selbsttipp-Kassen“ eingeführt: „Statt sich den vor den Kassen oft bildenden Schlangen anzuschliessen, tippt der Kunde seine Einkäufe an einer der vorhandenen 14 Selbsttipp-Kassen selber und geht dann mit Einkaufskorb und Kassazettel zur 'Totalkasse', wo eine Kassiererin nur noch den Gesamtbetrag des Einkaufs tippt und das Geld kassiert. An einem

<sup>13</sup> Vigier, Georg J.: Management information systems, in: Selbstbedienung und Supermarkt, März 1971, S. 8-15.

<sup>14</sup> GMZ, APOSS 1970 – 1973, CIES 18. Fachtagung. Referat „Elektronik im Supermarkt – das APOSS-Projekt der Migros.“, undatiert, S. 1.

speziellen geräumigen Paktisch kann der Kunde seine Ware in Ruhe einpacken.“<sup>15</sup> Zunächst ließ sich das Experiment gut an: „Ende Jahr tippten bereits zwei Drittel ihre Einkäufe mit der größten Selbstverständlichkeit selber und halfen so mit, die Abwicklung an der Kasse flüssiger zu gestalten, so dass praktisch keine Wartezeiten mehr entstanden.“<sup>16</sup> Allerdings nahmen es die Kunden weniger genau als die Kassiererinnen. Der „Selbsttipp“-Versuch musste aufgrund der „großen Inventurdifferenzen“<sup>17</sup> in der betreffenden Filiale 1969 abgebrochen werden: Zu viele Kunden hatten eigenmächtig die totale Selbstbedienung eingeführt.

Die Kasse verblieb dennoch im Zentrum der Aufmerksamkeit der Migros, denn „[n]achdem die Migros in der Schweiz die Selbstbedienung eingeführt hat und später die ersten Supermärkte eröffnete, steht nun ein weiterer Schritt bevor: Die Rationalisierung des Kassiervorgangs und eine Automatisierung der Nachbestellungen.“<sup>18</sup> Schon seit Mitte der 1960er Jahre beschäftigte sich die Firma Zellweger Uster AG mit automatischen Kassenanlagen.<sup>19</sup> 1966 gelangte sie mit ihrem Vorschlag einer „zentralen automatischen Verkaufsanlage“ an die Migros. Nach verschiedenen Versuchsphasen und Verzögerungen erprobte die Migros schließlich 1972 während zehn Wochen in ihrer Filiale in Greifensee bei Zürich unter dem Namen „Automatic Point of Sale System (APOSS)“ die „versuchsweise Einführung der ersten elektronischen Kassenanlage der Welt“.<sup>20</sup> Wo die ursprünglichen Kassen die verkauften Produkte lediglich in grobe Warengruppen einzuteilen vermochten, versprach dieses auf Computern basierende Kassensystem nun produktgenaue Verkaufszahlen zu generieren: An der Kasse las nicht mehr die Kassiererin den auf das Produkt gedruckten Preis ab, sondern sie scannte mit einem Laserlesestift die Produktnummer mittels des „Oeil Migros“ ein, eines die Preisklasse und die Artikelnummer verschlüsselnden Symbols. Diese Informationen wurden an einen Zentralcomputer übermittelt, der den Preis an die Kasse zurückmeldete. Das „Oeil Migros“ war eine Entwicklung der Migros und der Firma Zellweger Uster AG und bestand aus konzentrischen Kreisen – eine frühe Entwicklung des heute allgegenwärtigen Strichcodes.

Der APOSS-Versuch sollte erstmals die geforderte Verbindung zwischen der Automatisierung des Kassenvorgangs und der Automatisierung der Bestellungen herstellen: Es war den am APOSS-Versuch Beteiligten klar, dass sich die Investitionen in die teuren Computer für die Digitalisierung der Kassen nur auszahlen würden, wenn „nachgelagerte Systeme“ wie Filialbelieferung, Lagerbewirtschaftung, Einkauf, Produktion, Transporte und Rechnungswesen vorhanden seien, die „die Informationen verarbeiten, die für den Betrieb und Führung des Unternehmens wichtig sind.“<sup>21</sup> Ansonsten wäre die elektronische Kassenanlage lediglich eine Beschleunigung am checkout ohne rationalisierende Rückwirkungen auf die supply chain des Unternehmens.

Genau an diesen weit reichenden Rückkoppelungen in die supply chain scheiterte jedoch vorderhand die Einführung des APOSS-Kassensystems. Der Projektleiter von APOSS musste nach dem

---

<sup>15</sup> Rechenschaftsbericht des Migros-Genossenschafts-Bundes 1965, S. 30.

<sup>16</sup> Ebd.

<sup>17</sup> Rechenschaftsbericht des Migros-Genossenschafts-Bundes 1968, S. 34.

<sup>18</sup> GMZ, APOSS 1970-1973, APOSS Feldtest Greifensee Resultate, Brief von P. Arnold und F. Rentsch, 8. Juni 1972.

<sup>19</sup> GMZ, APOSS 1970-1973, APOSS Feldtest Greifensee Resultate, Feldtest Eröffnung 20. Juni 1972, S. 1.

<sup>20</sup> Jahresbericht Migros-Genossenschafts-Bund 1972. S. 24.

<sup>21</sup> GMZ, APOSS 1970-1973, Betriebswirtschaftliche und technische Probleme der Verkaufsdatenerfassung, 30. Juni 1970, S. 2.

im Grunde erfolgreich verlaufenen „Feldtest“ in Greifensee enttäuscht feststellen, dass „nichts darauf hin[deutete], dass ein dringendes Bedürfnis nach umfassenden Verkaufsinformationen bestünde.“<sup>22</sup> Die oben angesprochenen „nachgelagerten Systeme“ interessierten sich schlicht nicht für die an den Kassen generierten Informationen. So musste in einem Abschlussbericht über das APOSS-Projekt eingestanden werden, „dass unsere ursprüngliche Auffassung in Bezug auf potentiellen Nutzen der [Verkaufsdaten]-Verwendung doch allzu optimistisch war.“<sup>23</sup> Eine weitere Enttäuschung bestand darin, dass „[der] APOSS-Test gezeigt [hat], dass mit diesem teuren System keine oder höchstens [eine] sehr beschränkte Produktivitätssteigerung am Checkout möglich ist.“<sup>24</sup> Das System konnte einen Artikel in durchschnittlich 1,02 Sekunden scannen. Eine Kassiererin hatte zum Eintippen noch 1,32 Sekunden gebraucht. Diese Beschleunigung war der Migros angesichts der enormen finanziellen Investitionen zu wenig.<sup>25</sup> So wurde beschlossen, auf die Vorzugsofferte der Zellweger Uster AG nicht einzutreten und das APOSS-System nicht einzuführen.<sup>26</sup>

Erst zu Beginn der 1980er Jahre sollte die mit der Einführung der Selbstbedienung vorangetriebene Rationalisierung des Einzelhandels eine Fortsetzung in der Computerisierung der Warenwirtschaft finden. Auch dieser Prozess verlief jedoch keineswegs geradlinig. Erst Mitte der 1990er Jahre wurde in den schweizerischen Supermärkten scanning flächendeckend eingeführt. Damit begann auch in der Schweiz – international gesehen verspätet – im Bereich der Warenwirtschaft Wirklichkeit zu werden, was bereits seit den 1960er Jahren diskutiert worden war.

Der Einzelhandel schien mit dem scanning die Bewältigung von Massen in den Griff zu bekommen. Die Schweizer Banken waren erst viel später mit ihrem Massengeschäft konfrontiert, denn sie stiegen erst in den 1960er und 1970er Jahren mit der Eröffnung von Lohnkonten ins so genannte retail banking ein.

### **Banken: Beim Konto beginnt die Selbstbedienung**

Ende der 1970er Jahre besaßen rund zwei Drittel der 3 Millionen schweizerischen Arbeitnehmer ein Lohnkonto.<sup>27</sup> Diese Konten wurden im Nachhinein zur Voraussetzung dafür, dass mittlerweile Mieten, Renten, Versicherungen, Steuern, Arztrechnungen, Flugtickets und vieles mehr selbstverständlich über elektronische Kanäle überwiesen werden. Zahlreiche Kunden bedienen sich mittels solcher Finanzdienstleistungen selbst: Sie führen ihre Konten von zu Hause aus und beziehen ihr Geld nicht mehr am Schalter, sondern am Automaten – oder überhaupt nicht mehr und bezahlen an der Ladenkasse gleich elektronisch. Selbstbedienung im Zahlungsverkehr mittels Geldautomaten und fast unzähliger überall verteilter Computerterminals gehört zum Alltag des 21. Jahrhunderts.

<sup>22</sup> GMZ, APOSS 1970-1973, APOSS-Projekt. Dokumentation z.Hd. der Geschäftsleiter der Migros Genossenschaften für die Sitzung vom 2. März 1973 über Warenfluss- und EDV-Probleme, 6. Februar 1973, S. 9.

<sup>23</sup> Ebd., S. 6.

<sup>24</sup> GMZ, APOSS 1970-1973, Einige Überlegungen zur Zukunft des APOSS-Projektes, Dokument ohne Titel, 30. November 1972.

<sup>25</sup> GMZ, APOSS 1970-1973, Marketing-Konferenz vom 22. Juni 1972. Referat von Dr. Geiger, 33. Marketing-Konferenz vom 22. Juni 1972 (Manuskript), S. 28.

<sup>26</sup> GMZ, APOSS 1970-1973, APOSS-Projekt. Dokumentation z.Hd. der Geschäftsleiter der Migros Genossenschaften für die Sitzung vom 2. März 1973 über Warenfluss- und EDV-Probleme, 6. Februar 1973.

<sup>27</sup> PTT, PC 4-21-1982, Protokoll über die Konferenz mit den Leitern der Postcheckämter, 26. und 27. Mai 1982, Bern 23. Juli 1982.

Der vielfältige Einsatz neuer Telekommunikationstechnologien veränderte das Gesicht der Banken- und Finanzmärkte grundlegend.

Nicht die Technik ist treibende Kraft des fundamentalen Wandels im Bereich von Zahlungsmöglichkeiten und -gewohnheiten. Die Geschichte der privaten Lohnkonten macht dies deutlich. Sie ist ein geeigneter analytischer Ansatzpunkt, um die Digitalisierung des alltäglichen Zahlungsverkehrs zu verstehen; auch wenn oder gerade weil Lohnkonten noch während Jahrzehnten ausschließlich manuell bearbeitet wurden. Der Einsatz von Computern innerhalb von Bankbetrieben seit den 1950er Jahren und die Einführung neuer telekommunikativer Bankdienstleistungen im kundennahen Verkehr seit den 1980er Jahren sind zwar entscheidende Etappen innerhalb dieses Wandels.<sup>28</sup> Die Ersetzung der wöchentlichen Lohntüte durch die monatliche Zahlung von Gehältern der Arbeitgeber auf die Bankkonten ihrer Arbeitnehmer ist jedoch mindestens ebenso einschneidend. Dieser Übergang ist keine Folge der damals verfügbaren technischen Angebote. Vielmehr ist es zunächst erstaunlich, dass sich die Banken überhaupt auf die aufwändigen Lohnzahlungen einließen, schienen sie doch ausschließlich mit Nachteilen verbunden zu sein.

Die Schweizerische Bankiervereinigung (SBVg) beobachtete im April 1960 erstmals, dass „in verschiedenen europäischen Staaten, vor allem in Deutschland [...] über die bargeldlose Lohnzahlung und über die Einführung von Checks diskutiert“ wurde.<sup>29</sup> Die Industriebetriebe würden sich durch diese Neuerung entlasten, außerdem schien man das Diebstahlrisiko von Bargeld verringern zu können. Aus Bankensicht erkannte man jedoch keinerlei Vorteile oder Verdienstchancen, man rechnete vielmehr mit erheblicher Mehrarbeit. „Dem Arbeitnehmer ist wohl kaum ein Kommissions- oder Spesenabzug zuzumuten, und die Arbeitgeberfirma wird nicht ohne weiteres zur Leistung einer angemessenen Entschädigung bereit sein. Die Bank wird also, genau besehen, zur Zahlstelle für die Firma und ihr Personal. Der Kassadienst wird von Fall zu Fall eine Aufblähung erfahren und den Beamten ein wesentliches Mehr an Arbeit bringen.“<sup>30</sup> Das Sparpotential der Arbeitnehmenden war theoretisch zwar merklich angewachsen: Die Reallöhne in der Schweiz waren seit den 1950er Jahren beträchtlich angestiegen: in den 1950er Jahren um 20% und in den 1960er Jahren um 40%.<sup>31</sup> Diese Tendenz war auch für die Banken erkennbar. Allerdings befürchteten sie, dass das Sparen weniger mit gestiegenen Einkommen verbunden, als vielmehr eine Frage der Mentalität sei. So lange mittels Lohnkonten nicht gespart wurde, kosteten sie die Banken aber mehr als sie einbrachten. Die SBVg befürchtete, dass Angestellte und Arbeiter über das Lohnkonto nicht erst „den Sinn des Sparens erfassen“ würden. „Sparen bedeutet in der Schweiz eine Tradition, und jene, die sie nicht praktizieren, werden wohl durch die Lohnzahlung via Bank kaum eines Besseren belehrt“. Möglicherweise, so erwog man, könnten allenfalls die Kundenbeziehungen zu qualifizierten und besser bezahlten Angestellten intensiviert werden. „Die Lohnabrechnung über Bankkonto könnte wohl geeignet sein, den Kontakt zu diesem potentiellen Kundenkreis zu vertiefen.“<sup>32</sup>

<sup>28</sup> Neukom, Hans: Early use of computers in Swiss banks, in: IEEE Annals of the History of Computing, July-September 2004, S. 50-59.

<sup>29</sup> SBVg, Protokoll der 234. Sitzung des Verwaltungsrates der SBVg, 6. April 1960.

<sup>30</sup> SBVg, A.036, Bargeldloser Zahlungsverkehr, März 1961-Juli 1995, Bargeldlose Lohn- und Gehaltszahlung, in: Schweizerische Bankpersonal-Zeitung Nr. 18, 18. Oktober 1961.

<sup>31</sup> Tanner: Schweiz in den 1950er Jahren, S. 28.

<sup>32</sup> SBVg, A.036, Bargeldloser Zahlungsverkehr, März 1961-Juli 1995, Bargeldlose Lohn- und Gehaltszahlung, in: Schweizerische Bankpersonal-Zeitung Nr. 18, 18. Oktober 1961.

Andere Bankiers sahen aus der Einführung der bargeldlosen Lohnzahlung „doch ein[en] erkleckliche[n] Bodensatz bei den Banken“ entstehen.<sup>33</sup> Indem Kunden ihre Lohngehälter längere Zeit auf den Konten stehen lassen würden, ergäbe sich zusätzliches Geld im Kreditgeschäft. Frühe Studien hatten allerdings bereits darauf hingedeutet, dass dem nicht so sein würde. Bei der Zürcher Kantonalbank hatten 1960 98% der Lehrer ihr Gehalt gleich am Zahltag vollständig abgehoben.<sup>34</sup> Die Idee der bargeldlosen Lohnzahlung war zudem auch in der Öffentlichkeit zunächst wenig populär, wie Pressestimmen zu entnehmen ist. Zwar werde dem Problem des Arbeitskräftemangels durch eine niedrigere Frequenz der Lohnzahlungen entgegen gekommen. Aber es brauche das Bargeld dennoch. Die NZZ schrieb, es werde „kaum je möglich sein, dass der Arbeiter oder Angestellte den größten Teil seiner Zahlungen bargeldlos leistet.“<sup>35</sup>

Trotz dieser Vorbehalte sollten die Banken grundsätzlich aber „jeder Ausdehnung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs gegenüber eine positive Haltung einnehmen“, lies die SBVg ihre Mitgliedsbanken 1960 wissen.<sup>36</sup> Durch die Förderung bargeldloser Transaktionen könnten die im Zahlungsverkehr entstehenden Kosten gesenkt werden. Kosteneinsparungen waren hinsichtlich Bargeldtransport und Belegverarbeitung zu erwarten. Auch versprach der bargeldlose Verkehr für die Banken, dass weniger Geld bei den Konsumenten im Umlauf war und so mehr Liquidität den Banken verblieb.<sup>37</sup> Aber nur wenn „die Idee der bargeldlosen Lohnzahlungen in Zukunft bei uns trotz der ihr anhaftenden Nachteile, vielleicht unter dem Einfluss ausländischer Beispiele, vermehrte Verbreitung finde[t],“ hielt die SBVg fest, „werden sich die Banken als Träger des Zahlungsverkehrs und unsere Vereinigung ernstlich mit ihr befassen müssen.“<sup>38</sup> Tatsächlich sollte „der Gedanke der bargeldlosen Gehalts- und Lohnzahlung“ bis Ende der 1960er Jahre „auch in der Schweiz vermehrt Eingang“ finden. Verschiedene Banken hatten bereits Vereinbarungen mit Arbeitgebern aus Verwaltung und Industrie getroffen und zahlreiche Lohnkonten für Arbeitnehmende eröffnet.<sup>39</sup>

Schon im Verlauf der 1970er Jahre bestätigten sich allerdings die negativen Einschätzungen der frühen 1960er Jahre. Die Banken, welche den Einstieg ins Massengeschäft gewagt hatten, gewannen nur sehr wenige lukrative Neukunden dazu, jedenfalls viel zu wenige, um ihren Mehraufwand zu rechtfertigen. Dieser habe sich besonders dadurch ergeben, dass die Schalterhallen am Monatsende voller Kunden gewesen seien, die ihren gesamten Lohn abgehoben hätten.<sup>40</sup> Der Weg zurück war nun aber nicht mehr offen. Der erwartete Bodensatz, also mehr Geld für das Kreditgeschäft, hatte sich auch nicht eingestellt. Trotzdem galt es, das akquirierte Massengeschäft zu bewältigen. Als man also Ende der 1970er feststellen musste, dass sich nicht die Hoffnungen, sondern die Befürchtungen bewahrheitet hatten, orientierte man sich zunächst nicht an den oft genannten Möglichkeiten der neuen Telekommunikationstechnologien, sondern griff auf die industrielle Erfolgsgeschichte des Massengeschäfts im 20. Jahrhundert zurück: Selbstbedienung und Automation hießen die Zauberworte. Die Banken glaubten sich 1980 „an einem ähnlichen Punkt wie der Einzelhandel

<sup>33</sup> SBVg, Protokoll der 271. Sitzung des Verwaltungsrates der SBVg, 26. Juni 1968.

<sup>34</sup> SBVg, Protokoll der 237. Sitzung des Verwaltungsrates der SBVg, 7. Dezember 1960.

<sup>35</sup> NZZ, 3. November 1961.

<sup>36</sup> SBVg, Bargeldlose Lohnzahlungen, Zirkular Nr. 2877, 14. Dezember 1960.

<sup>37</sup> Bernhardt, Peter und Wolfgang Dambmann (1979), S. 23.

<sup>38</sup> SBVg, Bargeldlose Lohnzahlungen, Zirkular Nr. 2877, 14. Dezember 1960.

<sup>39</sup> SBVg, Vorbericht zur 271. Sitzung des Verwaltungsrates der SBVg, 26. Juni 1968.

<sup>40</sup> SBVg, A.036, Bargeldloser Zahlungsverkehr, März 1961-Juli 1995, SBVg an Directeur de la Caisse Hypothécaire du Canton de Genève, Bâle, 7 novembre 1966.

vor ca. 20 Jahren“ zu befinden.<sup>41</sup> Was das Fließband der 1930er Jahre gewesen war, sollte die Automation im Verbund mit der Selbstbedienung werden. Denn „[d]ie Selbstbedienung leitete im Einzelhandel eine Revolution ein, die mit der Einführung der Fließbandfertigung in der Industrie vergleichbar ist.“<sup>42</sup> Man bedauerte, dass die Automation bankinterner Prozesse, nämlich „der Einsatz der Datenverarbeitung [...] bislang die Organisation des Leistungserstellungsprozesses im Bankbetrieb nicht in gleichem Masse [hat] revolutionieren können, wie dies die Fließbandtechnik im Industriebetrieb tat.“<sup>43</sup> Fließband, Selbstbedienung und Automaten hatten seit Beginn und im Verlaufe des 20. Jahrhunderts die massenweise Produktion, Distribution und den Konsum von Gütern ermöglicht. Dieses Erfolgsrezept musste doch auch auf die Banken übertragbar sein, so das Credo der 1980er Jahre.

Erst im Verlaufe der 1980er Jahre schienen sich vor diesem Hintergrund die neuen telekommunikativen Angebote langsam als technische Mittel für die Organisation des problematischen Geschäftsfeldes anzubieten. Zwanzig Jahre nach dem Einstieg ins Massengeschäft begann man im Paradox, sich mittels telekommunikativer Distanz dem Kunden anzunähern, allmählich den Schlüssel zum bestehenden Problem zu erkennen: „Die Bank zu Hause – die extremste Form der Kundennähe!“<sup>44</sup> Gemeint waren damit nicht nur die zukünftige Einführung des homebanking, sondern auch die bargeldlose Bezahlung an den Kassen des Einzelhandels und die Weiterentwicklung des Bargeldbezuges über Automaten. „Geldausgabeautomaten, ATM’s, POS-Terminals und eines Tages evtl. sogar das häusliche Telefon in Verbindung mit dem Fernsehgerät, werden die Nervenenden eines elektronischen Vertriebssystems, der zeitlich und räumlich verlängerte Arm des Kreditgewerbes zum Kunden sein.“<sup>45</sup> Die Banken würden bald Dienstleistungen mittels Telekommunikationstechnologien als Massenangebote produzieren. Erst jetzt verloren diese Automaten allmählich ihren industriellen Charakter der Fließbandproduktion und wurden zu telekommunikativen Maschinen einer sich selbst bedienenden Konsumgesellschaft.

Kennzeichnend für die Situation der 1980er Jahre war aber eine ausgeprägte Orientierungslosigkeit. Hinsichtlich technischer Entwicklungen hatte man oft den Eindruck, die Zügel nicht mehr in der Hand zu halten. Man fühlte sich von drei gleichzeitig ablaufenden Revolutionen überfordert, einer technologischen, einer gesellschaftlichen und einer geografischen: „Wir stecken eigentlich mittendrin und erfahren diese unwiderruflichen Umwälzungen teils als hilflose Zuschauer, teils als Hauptdarsteller. [...] Die rasante Entwicklung auf dem Gebiet computergestützter Informations- und Kommunikationstechnologien ist nicht mehr aufzuhalten und wird im Laufe der nächsten zwei Jahrzehnte sämtliche Bereiche menschlichen Zusammenwirkens auch in unserem Lande prägen.“<sup>46</sup> Wie schwer man sich tat, neue technische Möglichkeiten in die Logik des bestehenden Zahlungsverkehrssystems zu integrieren, zeigt auch der wiederkehrende Appell an die Errungenschaften der Vergangenheit: „Im neidlosen Eingeständnis, dass der schweizerische konventionelle Zahlungsverkehr von unsern Vorgängern in verblüffender Einfachheit, Präzision und Volkstümlichkeit ausge-

<sup>41</sup> Bernhardt, Peter und Dambmann, Wolfgang: Elektronisches Geld. Die neuen Dienstleistungen der Banken, Frankfurt a.M. 1979, S. 37.

<sup>42</sup> Becker, Horst: Erfahrungen mit der Selbstbedienung der Konsumenten im Einzelhandel, in: Bank und Markt, 5/1983, S. 29.

<sup>43</sup> Bernhardt und Dambmann: Elektronisches Geld, S. 35.

<sup>44</sup> Ebd., S. 69.

<sup>45</sup> Ebd., S. 39; ATM = automated teller machine; POS = point of sale.

<sup>46</sup> Bill, Kurt: Wird die Bank zum Automaten?, Münsingen 1988, S. 7.

staltet worden war, liegt auch die Erklärung, warum es außerordentlich schwer fällt, mit einem automatisierten Zahlungsverfahren die bereits bestehenden Vorteile noch zu überbieten.“<sup>47</sup> Tatsächlich glichen „[d]ie Bankiers [...] Leuten im Nebel, die nicht wissen, wo sie sich befinden und wohin sie sich wenden sollen!“<sup>48</sup>

Die neuen telekommunikativen Möglichkeiten waren also keineswegs nur die Lösung eines bestehenden Problems sondern auch dessen Bestandteil, indem sie maßgeblich zu einer tief greifenden Verunsicherung beitrugen. Zukunftsgerichtete Technologien und das gleichzeitige Verharren in der Logik industrieller Fließbandproduktion schienen Fesseln um die Handlungsfähigkeit der Bankiers zu legen. „Die vordringlichste Aufgabe“ so schien es, war daher „eine fast unlösbare. [...] Es ist die Aufgabe, Bankmanager in den Spitzenpositionen ihrer Institute an den Gedanken zu gewöhnen, dass unser Geschäft in den letzten zwei Jahrzehnten eine Wandlung erfahren hat, die altbewährte Grundsätze radikal in Frage stellt.“<sup>49</sup> Telekommunikationstechnologien veränderten also keineswegs die Finanz- und Supermärkte über Nacht. Sie waren auch bei weitem nicht das Heilmittel, welches schon seit den 1960er Jahren bereit stand. Erst im Verlaufe der 1980er Jahre veränderten sie das Gesicht der Transaktionen zwischen den Banken und in ihrem kundennahen Geschäft. Es war die Zeit, in der eine neue Generation von Bankomaten zum Einsatz kam, in welcher das homebanking im Rahmen von Pilotprojekten eingeführt wurde und in welchem allmählich das bargeldlose Zahlen von Waren an der Ladenkasse möglich wurde.

## Fazit

Informationsgesellschaft, Wissensgesellschaft, Netzwerkgesellschaft – und nun auch noch Selbstbedienungsgesellschaft? Es geht uns nicht darum, einen weiteren Begriff zur schon bestehenden Verwirrung beizusteuern. Mit dieser Begriffskreation wollen wir vielmehr den oft unreflektierten Umgang mit den gängigen Zuschreibungen gesellschaftlicher Prozesse der Gegenwart und jüngsten Vergangenheit in Frage stellen:

Erstens gelingt es damit, Veränderungen organisatorischer und technischer Art in Unternehmen empirisch in den Blick zu bekommen. Am Beispiel der Supermärkte haben wir gezeigt, dass technologische Entwicklungen innerhalb des Unternehmens anschlussfähig sein müssen. APOSS konnte 1972 noch nicht eingeführt werden, weil insbesondere die sozialen Voraussetzungen nicht vorhanden waren: Außer den Projektverantwortlichen vermochte niemand die Angebote von scanning im Umgang mit Waren in Verbindung zu bringen, die zu einer unüberschaubaren Masse angewachsen waren. Am Beispiel der Banken wird deutlich, dass auch sie angesichts der Einführung von Lohnkonten mit einem Massenproblem konfrontiert waren. Die Idee der Selbstbedienung, welche noch einmal eindrücklich durch die Erfolgsgeschichte der Supermärkte aktualisiert worden war, bot noch keine ausreichende Orientierungshilfe. In der industriellen Logik der Fließbandproduktion verharrend, fehlte es den Bankiers somit Ende der 1970er Jahre noch an kollektiven Vorstellungen hinsichtlich der Anschlussfähigkeiten neuer Telekommunikationstechnologien. Der Begriff der

<sup>47</sup> PTT, PC 4-21-1981, Protokoll über die Konferenz mit den Leitern der Postcheckämter, 21. und 22. Oktober 1981, Bern 10. Dezember 1981.

<sup>48</sup> PTT, PC 4-21-1982, Protokoll über die Konferenz mit den Leitern der Postcheckämter, 26. und 27. Mai 1982, Bern 23. Juli 1982.

<sup>49</sup> SBVg, A.043, Zahlungsverkehr Allgemein, 27.12.01-1.10.84, Eckart von Hooven: Auf dem Wege zu einem gemeinsamen Europäischen Konzept im Zahlungsverkehr mit privaten Kunden, 1979.

„Selbstbedienungsgesellschaft“ ermöglicht uns so, Akteure ins Zentrum zu stellen, die wir hinsichtlich ihrer Handlungsalternativen analysieren.

Zweitens trägt der Begriff „Selbstbedienungsgesellschaft“ dazu bei, die grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen der vergangenen vierzig Jahre genauer zu beleuchten. Er schlägt eine Brücke zwischen der Logik industrieller Fließbandproduktion und derjenigen nach-industrieller Produktionsweisen mittels Telekommunikationstechnologien. Die Idee der Selbstbedienung wurde im Verlaufe der 1970er Jahre zum branchenübergreifenden Erfolgsrezept schlechthin. Nicht nur Banken und der Einzelhandel, auch Restaurants oder Tankstellen versprachen sich viel von dieser Organisationsform. Selbstbedienung wurde zum Schlüssel und Hoffnungsträger im Umgang mit dem Massenproblem: Kunden, Konten, Zahlen, Preise, Daten, Güter, Produkte, Informationen waren jetzt massenweise vorhanden. Was fehlte, waren Personal und Zeit. Angesichts von Massengeschäft und Arbeitskräftemangel knüpfte der Einsatz von Automaten im Verbund mit der Selbstbedienung als Organisationsform aus unternehmerischer Sicht an die fordistische Erfolgsgeschichte der Fließbandfertigung an. Erst in dem Maße, in welchem die Automaten aber nicht mehr als industrielle Produktionsfaktoren, sondern als nach-industrielle Dienstleistungsgaranten angesehen wurden, ermöglichte nun telekommunikative Distanz eine neue Form der Kundennähe und damit die Möglichkeit zur Massenbewältigung.

## „Aus dem Reich(e) der Frau“

### „Das Frauenbild der Dinta-Werkzeitschriften in den zwanziger Jahren am Beispiel der Werkzeitschrift „Harpen“

Britta Manske-Wiggershaus, Ruhr-Universität Bochum

Ende des 19. Jahrhunderts entstand mit den Werkzeitschriften eine neue Zeitschriftengattung. Als erste deutsche Werkzeitschrift gilt der „Schlierbacher Fabrikbote“ von 1888.<sup>50</sup> Doch erst in der Weimarer Republik entwickelten sich die werkseigenen Publikationen zu Massenblättern, deren Auflagenstärke in einigen Städten denen der Tageszeitungen glich. Dies galt besonders für das Ruhrgebiet.<sup>51</sup>

An der Ruhr etablierte sich die Werkzeitschrift besonders Mitte der zwanziger Jahre. Das im Oktober 1925 gegründete „Deutsche Institut für technische Arbeitsschulung“ (Dinta) bot ein „Kopfblattsystem“ an, d.h. es stellte den Unternehmen eine redaktionelle Gesamtgestaltung zur Verfügung. Um einen auf die Werke individuell zugeschnittenen Charakter zu garantieren, stellten in den Unternehmen nebenamtliche Betriebsredakteure betriebsinterne Artikel zusammen, die von den Redakteuren der Hauptschriftleitung in die einzelnen Ausgaben eingebettet wurden.<sup>52</sup> Vorbild war die „Hüttenzeitung“ des Schalker Vereins.<sup>53</sup>

Der Aufschwung der Werkzeitschriften war noch Anfang der zwanziger Jahre aufgrund der Reaktionen der Adressaten nicht zu erwarten gewesen. So ließ die Leitung des Schalker Hüttenwerks in Gelsenkirchen 1921 die erste Ausgabe ihrer „Hüttenzeitung“ ausliefern. Trotz vehement vorgetragener Argumente zur Zusammenarbeit und dem Hinweis an die Werksangehörigen, dass Gewalt gegen das Eigentum der Unternehmer auch Menschenleben kosten könnte, wurde die erste Ausgabe bei der Anlieferung von den Arbeitern verbrannt.<sup>54</sup>

20 Jahre später wurde in der „Werkzeitschrift“ der Deutschen Eisenwerke AG Schalker Verein, dem Nachfolger der „Hüttenzeitung“ der Vorgang kurz abgehandelt. Es wäre ein „Wagnis“ gewesen, „im schärfsten Klassenkampf“ eine „solche Zeitung herauszugeben“.<sup>55</sup> Doch die Veränderungen der Werkzeitung, beispielsweise die Einführung von Ratschlägen für den Haushalt, hätten zu ihrer späteren Beliebtheit besonders bei den Angehörigen der Arbeiter geführt: „Ja, man kann behaupten, dass die Frauen mehr an dem Erscheinen der neuen ‚Hüttenzeitung‘ interessiert waren als die Männer“.<sup>56</sup>

Diese Ansicht vertrat Erik Reger in der „Weltbühne“ ebenso. Es wären die Frauen, die mit Ro-

<sup>50</sup> Michel, Alexander: Von der Fabrikzeitung zum Führungsmittel. Werkzeitschriften industrieller Großunternehmen von 1890 bis 1945, Tübingen 1996.

<sup>51</sup> Fiedler, Martin: Carl Arnhold (1884-1970), in: Weber, Wolfhard (Hg.): Ingenieure im Ruhrgebiet, Münster 1999, S. 318-343, hier S. 335.

<sup>52</sup> Ebd., S. 5. Bäumer, Peter E.: Das Deutsche Institut für technische Arbeitsschulung, München/Leipzig 1930, S. 94.

<sup>53</sup> Deutsches Institut für technische Arbeitsschulung: Dinta Düsseldorf, S. 5. Wesen, Wirken, Wollen, S. 7.

<sup>54</sup> Hüttenzeitung, 1 (1921), Nr. 1, S. 1, abgedruckt in „Werkzeitung“. Deutsche Eisenwerke AG Schalker Verein, 21 (1941), Nr. 8, S. 3. Michel: Werkzeitschriften, S.141.

<sup>55</sup> „Werkzeitung“. Deutsche Eisenwerke AG Schalker Verein, 21 (1941), Nr. 8, S. 4.

<sup>56</sup> Ebd., S. 7.

manausschnitten, Mode und „Werkklatsch“ angesprochen würden. Sein Fazit lautete, dass in der „Atmosphäre der glatten Gesichter und eleganten Gesellschaftstoiletten“ das Geheimnis der Beliebtheit zu suchen sei. An dieser Stelle ist der Ablehnung des Resümees Regers durch Alexander Michel zuzustimmen; die mondäne und konsumorientierte Welt der Illustrierten ist in der „Hüttenzeitung“ nicht zu finden.<sup>57</sup>

Waren demnach die Frauen der Arbeiter die Lockvögel? Am Beispiel der von Clara Zetkin herausgegebenen Zeitschrift „Die Gleichheit. Zeitschrift für Arbeiterfrauen und Arbeiterinnen“ wird deutlich, welchen Effekt Tipps für die Hausfrau und Mutter für die Absatzzahlen bedeuteten. In den 1880er Jahren schrieb die Gleichheit – ein auf hohem intellektuellem Niveau konzipiertes Schulungs- und Informationsorgan – rote Zahlen. Durch eine Quersubventionierung über die Satirezeitschrift „Der wahre Jakob“ weiterhin verlegt, erreichte es 1905 die Gewinnzone, nachdem das Feuilleton erweitert und die Beilage „Für unsere Mütter und Hausfrauen“ sowie „Für unsere Kinder“ integriert wurden.<sup>58</sup> Dies war als Erfolgsfaktor also nicht zu unterschätzen. Außerdem wurden Inhalte und äußere Form verbessert. Auch schienen die Redakteure der Werkzeitschriften den „Frauenthemen“ einen hohen Stellenwert beizumessen, sonst hätten sich Romanfortsetzungen, an Frauen gerichtete Artikel, Witze, Gartentipps, Oster- oder Weihnachtsdekorationsideen und vieles mehr in den verschiedenen Werkzeitschriften nicht halten können.

Auch Gegner der Werkzeitschriften äußerten, dass sich gewerkschaftsnahe Zeitungen an der Palette der informativen und unpolitischen Beiträge der Werkzeitschriften ein Beispiel nehmen sollten. Dieser Aufruf umfasste nicht nur die technischen Artikel, sondern ebenso Gartenbautipps und ähnliches, da die Leser von rein politischen Aussagen gelangweilt und abgeschreckt würden. Neben der Leserschaftsbindung stand für die Unternehmer der Gedanke der Bildungs- und Erziehungspolitik als Mittel zur Konfliktbewältigung Pate für die Ausrichtung der Themen.<sup>59</sup> Es spricht also vieles dafür, dass Frauen als Adressatinnen der Werkzeitschriften bewusst angesprochen wurden, um eine Leserbindung aller Werksangehörigen zu erreichen. Die Werkzeitschriften müssen also auf der einen Seite das Interesse der Frauen ansprechen, wollen aber andererseits Einfluss nehmen auf das Verhalten der Werksangehörigen.

Zu fragen ist, welches Frauenbild der Gestaltung der Frauenseiten in Werkzeitschriften zugrunde liegt und ob anhand der Inhalte die These von den Frauen als Lockmittel überhaupt aufrechterhalten werden kann. Anders ausgedrückt: sprechen die Werkzeitschriften die Frauen an, sind die Artikel verständlich, realitätsnah und ansprechend, so dass die Frauen sie regelmäßig gelesen haben?

### **Frauenthemen in der Werkzeitschrift „Harpen“**

Am Beispiel des 1. Jahrganges (1926) der Werkszeitschrift „Harpen“ wird im Folgenden das Frauenbild der Werkzeitschriften näher untersucht. „Harpen“, war die Werkzeitschrift der Harpener Bergbau-Aktiengesellschaft, eines 1856 in Dortmund gegründeten Unternehmens des Steinkohle-

<sup>57</sup> Michel, Werkzeitschriften, S. 142.

<sup>58</sup> Mahn, Johannes: „Eine gute Freundin und Beraterin“. Die Zeitschrift Frauenwelt 1924-1933, Tübingen 2000 (unveröffentlichte Magisterarbeit), S. 27f.

<sup>59</sup> Michel, Werkzeitschriften, S. 143 und 157.

bergbaus.<sup>60</sup> Sie gehörte zum Dinta-Werkzeitschriftensystem und begann im April 1926 mit ihrer ersten Ausgabe, der zweite Jahrgang folgte 1927 im Januar. Sie wurde jeden zweiten Samstag kostenlos an die Werksangehörigen verteilt. Da die einzelnen Zechen und Abteilungen räumlich weit auseinander lagen, wurden diese in vier Zechengruppen zusammengefasst. Jede Zechengruppe erhielt ihre eigene Ausgabe, die nicht mit denen der anderen Zechengruppen übereinstimmen musste.<sup>61</sup>

Die Gestaltung der Werkzeitschrift änderte sich bis 1936 in ihrem Design nicht. Sie ist im DIN A3-Format, mit zweispaltiger Aufteilung gestaltet und umfasst jeweils acht Seiten. Die einzelnen Rubriken finden sich immer in der gleichen Reihenfolge wieder, so dass ein leichtes Auffinden möglich ist.

„Aus dem Reich(e) der Frau“ war in den 1920er Jahren eine regelmäßige Spalte in der Werkzeitschrift, hier fanden die Frauen der Werksangehörigen alles, was die Hausfrau in Küche, Wohnraum, Erziehung und Hygiene beachten und verändern sollte. In einem Sammelsurium von Tipps zu den verschiedensten Gebieten des häuslichen Umfelds wurden ihr hier Anweisungen für das tägliche Leben geboten. Daneben wurde sie mit Gartentipps oder kleinen Texten zu Ostern und Weihnachten angesprochen.

Die hier beleuchtete Rubrik ist im Kontext der Gesamtgestaltung der Werkzeitschrift zu sehen. Sie erscheint in der achtseitigen Werkszeitschrift immer im letzten Drittel. Zudem folgt, wenn sie vorhanden ist, die Spalte „Garten und Kleintierzucht“ direkt im Anschluss. Die Familienanzeigen, bestehend aus kurzen Angaben zu Eheschließungen, Geburten und Sterbefällen von Werksangehörigen und ihren Familien, sind immer auf der letzten Seite abgedruckt. Nachrufe, Werbung für den Konsumverein oder Anzeigen haben hier ebenfalls ihren Platz. „Aus dem Reich(e) der Frau“ ist in 12,5 % der Ausgaben nicht vorhanden, in den verbleibenden befindet sie sich insgesamt zu gerundet 65 % auf Seite 7, zu ca. 17 % auf der Seite 6 und zu etwa 18 % auf der letzten Seite.

Damit waren die an Frauen gerichteten Informationen schnell aufzufinden. Durch die speziell auf die Zechengruppen bezogenen Daten wird die Zielgruppe nicht mit uninteressanten Anzeigen gelangweilt, und der begrenzte Platz optimal ausgenutzt. Die Tipps für die Hausfrau sind leicht auffindbar und damit entfällt bei späterer Suche nach bestimmten Artikeln lästiges Durchblättern der Zeitschrift. Dazu passt der jährliche Aufruf, die einzelnen Ausgaben zu sammeln.<sup>62</sup> Zudem ist ein regelmäßiges Erscheinen der Artikel zu erkennen. Einzig die Zechengruppe I weist eine höhere Anzahl von Ausgaben auf, die die Rubrik nicht enthält. Zu vermuten ist, dass hier keine Absicht, sondern redaktionelle Gründe vorlagen.

Zwar kann man von der Überschrift „Aus dem Reich(e) der Frau“ auf Leserinnen als Adressaten schließen, dennoch ist nicht unbedingt davon auszugehen, dass die Zielgruppe auch stilistisch und inhaltlich angesprochen wurde. Eine Schwierigkeit bei der Beurteilung von Texten und ihrer Wir-

<sup>60</sup> Die behandelte Rubrik wird entweder „Aus dem Reich der Frau“ oder „Aus dem Reiche der Frau“ betitelt. Ein Zusammenhang zwischen unterschiedlicher Schreibweise und Inhalt war nicht festzustellen, so dass hier der vermischende Ausdruck „Aus dem Reich(e) der Frau“ gewählt wurde.

<sup>61</sup> Die Trennung nach einzelnen Zechengruppen wird erst 1936 zugunsten einer einzigen Ausgabe aufgegeben.

<sup>62</sup> So wird in der Ausgabe der Zechengruppe I, Nr. 18 vom 27.11.1927 auf Seite 8 als „das schönste Weihnachtsgeschenk“ eine „Sammelmappe mit Leinenrücken“ für 1,30 Mark angepriesen.

kung auf die Leser besteht darin, dass man sehr häufig die Annahme voraussetzt, die Artikel wurden gelesen und verstanden. Auf dieser Prämisse aufbauend wird dann untersucht, ob die Inhalte für die Leser überhaupt relevant waren. Dies ist in Frage gestellt, wenn Artikel dieser Rubrik zunächst einmal sprachstrukturell das Leseverhalten der Leserinnen überforderten. Konnten diese die Inhalte überhaupt wahrnehmen?

Das Leseverhalten der hier angesprochenen Personengruppe ist noch nicht in einer für diese Arbeit notwendigen Form erforscht worden. Daher ist es schwer nachweisbar, ob die Texte sich für das Zielpublikum eignen. Die Lesbarkeitsforschung, also die Feststellung der Eignung eines Textes für einen bestimmten Leserkreis, ist in Deutschland noch nicht sehr weit verbreitet.<sup>63</sup> Ebenso fehlen bisher Arbeiten im Bereich der Frauenzeitschriften in der Weimarer Republik, so dass auf Vergleichstexte nicht zurückgegriffen werden kann.<sup>64</sup>

Um jedoch einen ersten Eindruck zu vermitteln, wurde eine sprachwissenschaftliche Untersuchung von heute bestehenden Frauen- und Männerzeitschriften im Hinblick auf das in ihnen vermittelte Frauen-/Männerbild und der Textschwierigkeit als Grundlage gewählt. Anhand der von Bettina Stuckard herausgearbeiteten sprachstrukturellen Merkmale wird untersucht, inwieweit sich die Artikel klassifizieren lassen und welche ersten Aussagen man zu dem von der Redaktion zugrunde gelegten Leseverhalten der Frauen treffen kann.<sup>65</sup>

Im zweiten Schritt werden die Artikel der Werkzeitschrift mit in der Ratgeberliteratur der zwanziger Jahre geführten Debatten verglichen. Anhand des Themenspektrums lässt sich feststellen, welche frauenspezifischen Themen den Frauen der Angestellten und Arbeiter in diesem Unternehmen geläufig gewesen sein müssten. Zudem gibt die Werkzeitschrift als Kommunikationsorgan der Unternehmensführung einen Einblick in die gewünschten Veränderungen. Es ist davon auszugehen, dass nur die Debatten – bzw. nur die Positionen der Diskurse – in den Artikeln einen Widerhall fanden, die sich nach Meinung der Dinta-Redakteure mit den Vorstellungen der Unternehmer deckten. Daneben musste aber auch darauf geachtet werden, dass die genutzten Themen die Leserinnen ansprachen, um eine Leserbindung aufzubauen.

## **Textverständnis**

Um einen Vergleich zwischen den verschiedenen Artikeln ziehen zu können, wird zunächst die Länge der einzelnen Beiträge untersucht. Insgesamt sind 1926 für alle vier Zechengruppen 163 Texte mit durchschnittlich 192 Wörtern erschienen. Zieht man nun die 70 mehrfach vorzufindenden Artikel ab, so kommt man bei den 93 Textstellen auf eine durchschnittliche Länge von 202 Wörtern. Da die Spannbreite der Wortanzahl in den gezählten Artikeln von 19 bis 988 reicht, werden drei Kategorien gebildet: Texte mit weniger bzw. genau 100 Wörtern, 101 bis 200 und 201 und mehr Wörter. Nimmt man alle Artikel, auch die mehrfach genannten, so fallen 64 in die erste Kategorie (der Länge bis 100 Wörter), 43 in die zweite Kategorie (101 bis 200 Wörter) und 56 in die

<sup>63</sup> Bamberger, Richard; Vanecek, Erich: Lesen-Verstehen-Lernen-Schreiben. Die Schwierigkeitsstufen von Texten in deutscher Sprache, Frankfurt/Main 1984.

<sup>64</sup> Ansätze sind zu finden bei Wilhelms, Kerstin: Frauenzeitschriften in der Weimarer Republik, in: Hart und Zart. Frauenleben 1920-1970, Berlin 1990, S. 53-60, sowie Mahn: Zeitschrift Frauenwelt.

<sup>65</sup> Stuckard, Bettina: Das Bild der Frau in Frauen- und Männerzeitschriften. Eine sprachwissenschaftliche Untersuchung über Geschlechtsstereotype, Frankfurt am Main 2000.

dritte Kategorie (mehr als 201 Wörter). Aus diesen Zahlen lässt sich eine Ausgewogenheit der Artikel ablesen. Es ist anzunehmen, dass versucht wurde längere und kürzere Texte zu mischen.

Die Satzlänge kann genutzt werden, um herauszufinden, wie verständlich ein Text verfasst ist. Nach Ludwig Reiners „Stilfibel“ können fünf Stufen der Textschwierigkeit unterschieden werden. „Die Anzahl der Wörter klassifiziert er dabei wie folgt: 1-13 Wörter je Satz sind sehr leicht verständlich, 14-18 leicht verständlich, 19-25 verständlich, 25-30 schwer verständlich und mehr als 30 Wörter je Satz sehr schwer verständlich.“<sup>66</sup>

An diese sehr vereinfacht ausgedrückten Abstufung wird danach eine Unterscheidung der Satzformen angefügt, um festzustellen, wie die Länge des Satzes und der Satzbau sich ergänzen. Laut Duden kann zwischen einfachen Sätzen, Satzverbindungen (bestehend aus aneinander gereihten Haupt- und Nebensätzen) und Satzgefügen (ineinander verfugten Haupt- und Nebensätzen) unterschieden werden. Zudem fügt Bettina Stuckard noch die „Setzungen, unvollständige Satzfragmente“ (Ausrufe, Ein-Wort-Sätze etc.) ein. Daraus kann abgeleitet werden, ob ein parataktischer, also aus Satzverbindungen oder ein hypotaktischer, aus Satzgefügen bestehender Stil vorliegt. Die Parataxe ordnet gleichrangige Teilsätze nebeneinander an, während die Hypotaxe ungleichrangige Teilsätze unterordnet. Letzteres erfordert ein stärkeres Textverständnis, da die komplexen verschachtelten Sätze aufgelöst und neu zusammengesetzt werden müssen, um den Inhalt vollständig zu erfassen. Bei der Parataxe hingegen reihen sich die beschriebenen Inhalte. Abschließend wird untersucht, welche Satzzeichen (Semikolon, Doppelpunkt, Gedankenstrich, Ausrufe- und Fragezeichen) vorkommen, und ob sich daraus ablesen lässt, inwieweit Befehle, Fragen oder Raum für Weiterführungen gegeben werden.

Die durchschnittliche Satzlänge aller 163 Artikel beträgt 19 Wörter pro Satz.<sup>67</sup> Diese reduziert sich nur unwesentlich auf 18,5 Wörter, bezieht man die Mehrfacherscheinungen nicht mit ein. Dabei variiert die Spannbreite der Beiträge von 7,33 bis zu 56 Wörter.

Um zu untersuchen, ob sich die kurzen Haushaltstipps sowie Gedichte und längere Texte in ihrem Schwierigkeitsgrad unterscheiden, wird auf die schon vorher eingeführten drei Kategorien bis 100 Wörter Textlänge, bis 200 Wörter und mehr als 201 Wörter zurückgegriffen. In der ersten Kategorie sind es im Schnitt 18 Wörter pro Satz, in der zweiten etwa 21 Wörter und in der dritten 17 Wörter. Alle Texte sind – folgt man Ludwig Reiners Aufteilung – als leichtverständlich bis verständlich zu bezeichnen. Von den 93 Artikeln können nur sechs als schwer verständlich eingestuft werden und zwei als sehr schwer verständlich. Dabei verteilen sich die Texte gleichmäßig auf die Kategorien eins und zwei.

Bei den Satzformen dominiert die Satzreihung in 64 %, gefolgt von den einfachen Sätzen in 31 % aller Fälle. Die Setzungen (3 %) und Satzgefüge (2 %) sind kaum vorhanden. Man kann also von einem parataktischen Stil sprechen. Satzbau und Satzformen deuten auf einen verständlichen Textaufbau hin.

---

<sup>66</sup> Stuckard: Frauenbild, S. 190.

<sup>67</sup> Die Überschriften der Artikel sind bei der Auszählung nicht mit berücksichtigt worden.

Schaut man sich die Satzzeichen daraufhin an, ob die Leser in den Gedankengang des Autors mit einbezogen werden, so erkennt man, dass etwa 100 Ausrufesätze in den 93 Artikeln zu finden sind. Dabei entfallen 60% auf Aufforderungen, Warnungen und Ratschläge, 40% der Ausrufezeichen unterstützen eine Aussage. Dies spricht für einen hohen normativen Anspruch der Texte. Die Leserin erhält direkte und indirekte Verhaltensmaßregeln beigebracht. Im Schnitt wird in jedem Artikel eine Handlungsanweisung vermittelt. Die Leser-Text-Bindung kann durch Fragen erhöht werden, sie können Gedanken anregen und schon bestehende Meinungen verstärken. Die Leserin wird in ca. 35 Fällen zu Antworten animiert.

Doppelpunkte zur Unterstützung des nachfolgenden Satzes oder Gedankenstriche um sichtbare Gliederungen oder die Trennung von Wichtigem und eher Unwichtigem anzuzeigen, sowie Semikolons, die Aufzählungen gliedern oder eine engere Zusammengehörigkeit von Gedankengängen darstellen, können helfen, die gemeinsame Meinungsebene zu unterstützen. Die 40 Doppelpunkte, 50 Gedankenstriche und 15 Semikolons zeigen, dass zwar auf diese Mittel zurückgegriffen wurde, aber keine übermäßige Nutzung stattfand.

Die Redaktion des Dinta setzte bei ihren Leserinnen ein bestimmtes Lesevermögen voraus. Die Texte bestanden nicht aus einer Zusammensetzung aus Einfachsätzen, sondern in den meisten Fällen aus Satzreihungen. Auf der anderen Seite standen die Gedankenfolgen geordnet hintereinander und wurden durch Konjunktionen und Kommata verbunden, die einzelnen Satzabschnitte verkürzten sich dementsprechend. Damit war ein flüssiges Lesen möglich, was durch die relative Kürze der Texte und die einfache Strukturierung unterstützt wurde. Die zuständigen Redakteure bevorzugten bei der Zusammensetzung der Artikel durchgängig eine mittlere Wortanzahl pro Satz und Satzreihungen bei einer durchschnittlichen Textlänge von etwa 200 Wörtern.<sup>68</sup>

Die Texte waren, nimmt man die Auswertungen der Satzzeichen und der stilistischen Merkmale (Sprachstil, Sprichworte, Zitate, Reime, Redewendungen, Sprachbilder) zusammen, sachlich bis unterhaltend, abwechslungsreich und mit einigen Ansätzen zur Lesereinbindung formuliert. Insgesamt kann gesagt werden, dass die Artikel in sich einen guten Textaufbau besaßen und stilistisch anspruchsvoll waren, jedoch auf Fachbegriffe und rhetorische Kunstgriffe verzichteten. Vornehmlich längere Texte wiesen eine lebendige Sprache auf, wobei die Informationen in kleinere Geschichten verpackt übermittelt wurden. In einigen Fällen wurde die Hochsprache durch Verniedlichungen, umgangssprachliche Redewendungen oder Begriffe aufgebrochen. Meist geschah dies, um eine bestimmte Thematik emotional aufzuwerten.

Die große Anzahl an Ausrufezeichen und die bewertenden Adjektive deuten den hohen normativen Inhalt der Artikel an. Besonders deutlich wird dies bei direkten prägnanten Handlungsanweisungen in denen das Verb im Imperativ verwendet wird.<sup>69</sup>

Festzuhalten ist an dieser Stelle, dass davon ausgegangen werden kann, dass die Leserinnen die

---

<sup>68</sup> Vergleicht man diese Zahlen mit denen von Bettina Stuckard zu den heutigen Frauenzeitschriften, so kann festgestellt werden, dass in der Brigitte der Leitartikel bei durchschnittlich ca. 270 Wörtern, die Wortanzahl pro Satz jedoch nur bei durchschnittlich 15 Wörtern liegt. Es ist ein parataktischer Stil vorzufinden. (Stuckard, Frauenbild, S. 192.) Damit würde die Redaktion der Brigitte eine geringere Vorraussetzung des Lesevermögens erwarten als das Dinta.

<sup>69</sup> Meist wird der Imperativ mit der Endung -e verwendet, wie „nähre“, „benutze“ oder „spare“, was auf die gehobene Sprache hindeutet, da in der gesprochenen und geschriebenen Sprache häufig das -e wegfällt.

Beiträge nachvollziehen konnten. Es wurde ein Mittelmaß zwischen nüchterner Informationsübermittlung und anregender Literatur gefunden.

Nimmt man nun die Ergebnisse von durchschnittlicher Textlänge, durchschnittlicher Satzlänge, der dominierenden Satzform und der vorkommenden Satzzeichen, so kann man von einem mittleren Verständnisgrad der Texte ausgehen. Diese Berechnungen beziehen sich jedoch auf die Schulbildung in der Bundesrepublik. Es bleibt die Frage bestehen, welches Bildungsniveau die Angestellten- und Arbeiterfrauen der Harpener Bergbau AG im Besonderen erreichten und inwieweit sich dies auf ihre Lesefertigkeiten auswirkte.

### **Inhalte der Rubrik**

Der Schwierigkeitsgrad der Texte – nach linguistischen Gesichtspunkten – ist ein Hinweis darauf, ob der Adressatenkreis adäquat angesprochen wurde, ein weiterer ergibt sich aus den Inhalten. Da eine hohe Dichte an Anweisungen und normativen Aussagen in den Artikeln vorhanden war, sollten die Inhalte mit der Lebenswelt der Leserinnen übereinstimmen und die vermittelten Hinweise und Belehrungen auch umsetzbar erscheinen.

Die Bandbreite der Inhalte umreißt die Vorstellungen von für diesen Leserkreis relevanten Frauenthemen der Redaktion. Die Texte werden deshalb zunächst nach ihrem Inhalt in vier Themenkomplexe unterteilt.<sup>70</sup> Sie betreffen das familiäre Zusammenleben (17%), den Wohnraum bzw. die Wohnkultur (7%), die Aufgaben der Hausfrau in Bezug auf Gesundheit, Hygiene und Säuglingspflege (53%) sowie Handarbeiten, Kleidung, Spartipps, Winke für den Haushalt und Unfallgefahren im Haushalt (24%).<sup>71</sup> Es lässt sich anhand der Themenkomplexe feststellen, dass die Werkzeitschrift keine Mode- oder Klatschartikel aufgreift. Sie unterscheidet sich hierin also von Frauenzeitschriften der zwanziger Jahre, die dem Unterhaltungswert einen weit größeren Platz einräumen. Die Werkzeitschrift indessen beschränkt sich hauptsächlich auf das nähere Umfeld der Hausfrau und die alltäglichen Aufgaben und Probleme.

In erster Linie versuchte die Rubrik „Aus dem Reich(e) der Frau“ den Leserinnen Hilfestellungen für ihr tägliches Leben zu bieten. Frauenerwerbstätigkeit wurde dabei vollständig ausgeblendet, was jedoch keine neutrale Sichtweise impliziert. Die Aufgabenbereiche, die einer Frau als Hausfrau und Mutter nähergebracht wurden, deuten darauf hin, dass Frauenerwerbstätigkeit nicht zum zugrundeliegenden Frauenbild kompatibel war. Die zeitliche Inanspruchnahme durch Hausarbeit und Mutterpflichten, die durch die verschiedenen angesprochenen Arbeiten propagiert wird, konnte nicht von einer erwerbstätigen Frau eingefordert werden.<sup>72</sup> Der Umstand, dass viele Frauen im Ruhrgebiet Subsistenzwirtschaft betrieben, wird in der Rubrik „Garten und Kleintierzucht“ berücksichtigt. Diese Tätigkeit wurde zwar wahrgenommen, jedoch von der häuslichen Arbeit isoliert betrachtet. Eine Vermischung der beiden Bereiche wurde in keinem Artikel deutlich.

<sup>70</sup> Es sei darauf hingewiesen, dass eine Einordnung nicht immer einfach ist. Oft überschneiden sich Themen oder sind je nach Lesart verschiedenen Bereichen zuzuordnen. Es wurde versucht eine einheitliche Klassifizierung durchzuführen.

<sup>71</sup> Die gerundeten Zahlen beziehen sich auf die Gesamtheit der Artikel aller vier Zechengruppen für das Jahr 1926. Bei der Auswertung der einzelnen Zechengruppen ergab sich tendenziell das gleiche Verhältnis.

<sup>72</sup> vgl. Baum, Marie und Westerkamp, Alix: Rhythmus des Familienlebens. Das von einer Familie täglich zu leistende Arbeitspensum, Berlin 1931.

Die Haushalts-, Spar- und Erhaltungstipps bezogen sich auf die effiziente Nutzung von Geld, Wertstoffen und Energie, Ansätze einer produktiven und rationalisierten Haushaltsführung. Erst in den folgenden Jahrgängen der Werkzeitschrift „Harpen“ wurden auch Themenbereiche wie die Ausgestaltung der Küche miteinbezogen. Abbildungen aus Erna Meyers Buch „Der neue Haushalt“ deuten auf die Nutzung der Haushaltsrationalisierungs-Publikationen hin.<sup>73</sup> Dabei behandelten alle Beiträge die Rationalisierung, jedoch nicht die Technisierung des Haushalts. Technische Geräte wurden weder vorgestellt noch empfohlen. Die Begriffe Effizienz, Rationalisierung oder deren Verbform lassen sich im ersten Jahrgang nicht vorfinden. Zwar wurden in den Artikeln Bereiche der Rationalisierungsbewegung angesprochen, diese jedoch nicht zu einer einheitlichen Norm zusammengefasst. Dabei ist zu beachten, dass von solchen Artikeln keine Konsumanreize hervorgerufen wurden. Kamen in Frauenzeitschriften der Weimarer Republik immer häufiger Werbung oder Modetipps und Nähanleitungen vor, so verzichtete die Werkzeitschrift auf diesen Bereich fast vollkommen.

Die Ehe als Institution wurde in den Werkzeitschriftenartikeln vorausgesetzt. Die Debatte um das Eherecht, die Kameradschaftsehe oder die Entlohnung der Hausfrau wurden dementsprechend nicht thematisiert.<sup>74</sup> Damit wurde die Diskussion um eine Neubewertung der Ehe jedoch nicht vollständig ausgeklammert. So wurde die Anerkennung der Frau durch den Mann zwar beschrieben, damit aber keine Veränderung der Arbeitseinteilungen in eine männliche und eine weibliche Sphäre impliziert. Vielmehr wurden in den Artikeln weibliche Tätigkeiten immer wieder auch als Dienst an der Familie charakterisiert und die Vorstellung von zwei getrennten Zuständigkeitsbereichen der Eheleute forciert. Dabei schwangen unterschwellig kritische Töne über männliches Verhalten mit. Der männliche Alkoholismus wurde beispielsweise abgelehnt, den Frauen wurde daher die Aufgabe zugeschrieben, ihre Arbeit so zu verrichten, dass die Möglichkeiten zum Alkoholkonsum eingeschränkt wurden.<sup>75</sup> Die Textauswahl zeigt, dass die Familie als Institution im Vordergrund stand. Das Eheleben und die vorgelebte Beziehung sollten die Erziehung der Kinder erleichtern und verstärken gleichzeitig das Bild einer Familie mit klarer Aufgabenverteilung: Der Vater als Ernährer und Beschützer der Familie, die Mutter als multifunktionelle Hausfrau, die sowohl die Erziehung, die Versorgung und die Gesundheit aller Familienangehörigen überwachte, die Söhne, die dem Vater bei der schwereren körperlichen Arbeit im Garten und im Hause halfen, sowie die Töchter, die durch die Mutter angelernt die „weiblichen“ Tätigkeiten spielerisch erlernten.<sup>76</sup>

Die Rolle der Frau und Mutter wurde dabei auf die häusliche Umgebung verengt. Ihre Fähigkeiten als Mutter wurden weniger in der liebevollen Umsorgung der Kinder auf der emotionalen Seite angesiedelt. Vielmehr sollte sie durch ausgewogene Ernährung und Beachtung von Sauberkeitsregeln zunächst die Gesundheit der älteren Kinder stärken. Besonders aber die Mutterpflichten im Hinblick auf die Säuglinge und Kleinkinder wurden in sehr weiter Form in der Werkzeitschrift dargelegt.<sup>77</sup>

<sup>73</sup> Meyer, Erna: Der neue Haushalt. Ein Wegweiser zu wirtschaftlicher Hausführung, Stuttgart 1926.

<sup>74</sup> vgl. Schöfer, Sophie: Das Eheproblem, Berlin 1927. Proelss, Sera: Das Eheproblem und die neue sexuelle Ethik, Berlin 1907.

<sup>75</sup> Zechengruppe I, Nr. 14, 2.10.1926, S. 6.

<sup>76</sup> Bspw. Zechengruppe I, Nr. 2, 17.4.1926, S. 7; Zechengruppe III, Nr. 18, 27.11.1926, S. 7.

<sup>77</sup> Zechengruppe I, Nr. 20, 25.12.1926, S. 7.

Es finden sich fast alle Bereiche der Ratgeberliteratur wieder.<sup>78</sup> Am Häufigsten wurde dabei das Stillen der Kinder eingefordert und auf die richtige Zubereitung der Milchprodukte hingewiesen.<sup>79</sup> Ziel war die Reduzierung der Säuglingssterblichkeit. Der Tod eines Kleinkindes wurde somit nicht mehr als Schicksal angesehen, sondern der mangelhaften mütterlichen Pflege angelastet. Der größte Risikofaktor für ein Kind wurde damit die Mutter. Handelte sie unbewusst oder sogar bewusst gegen die Anweisungen, so trug sie die Verantwortung für den Tod des Kindes. Immer wieder wurde hervorgehoben, dass die Mutter sich viel zu selten an die ihr angebotenen Mütterberatungsstellen oder den Arzt wandte. Das Kleinkind wurde damit zum Mittelpunkt des Alltages, sein Zustand war zu einem wichtigen Beurteilungskriterium der Frau geworden. Seine Krankheiten wurden ihr als Versagen angelastet.

Diese Zuspitzung der weiblichen Tätigkeiten auf das Kind wurde auch auf die älteren Kinder übertragen. Der Lehrer sollte von den Müttern unterstützt werden. Die Frau wurde damit zur Erzieherin, die sich über pädagogische Grundüberlegungen Gedanken machen soll.<sup>80</sup> Die Debatten der zwanziger Jahre über die Pädagogisierung und Emotionalisierung der Kindererziehung fanden ihren Widerhall in den Artikeln. So wurde Pestalozzi zitiert und die Liebe der Mutter hervorgehoben, oder die Lerntypen des Kindes kategorisiert und den Eltern – insbesondere der Mutter – die Aufgabe gestellt, herauszufinden, welche Fähigkeiten ihr Kind besitzt.<sup>81</sup> Daneben wurde den Hausfrauen geraten, ihre Töchter in die Hausarbeit einzuführen.<sup>82</sup> Doch sollte der Zwang dabei nicht im Vordergrund stehen, sondern ein spielerischer Umgang gepflegt werden. Dennoch zeigten gerade diese Beiträge, dass die dafür vorgesehene Zeit ein hohes Maß an persönlicher Anwesenheit der Mutter erforderte. Die Erziehung wurde dabei immer mehr auf das Gebiet des häuslichen Umfeldes eingeschränkt und die Straße als Sozialisationsort abgelehnt. Das Elternhaus wurde zum entscheidenden Faktor der erzieherischen Möglichkeiten, da ein Lehrer die Fehler der Erziehung, beispielsweise sprachliche Mängel, nicht mehr auffangen könne.

Die Sexualität wurde weder in den ehebezogenen Aussagen, noch bei der Kindererziehung thematisiert. Dies ist interessant, da viele Sozialreformer von unsittlichen Zuständen in der Arbeiterschaft ausgingen.<sup>83</sup> Zudem formierte sich nach der Jahrhundertwende in der Frauenbewegung eine „neue sexuelle Ethik“, die sowohl die Aufklärung der Kinder als auch die „sittliche Sanierung im Sexualleben“ mit einbeziehen sollte. Durch die sinkende Anzahl von Geschlechtskrankheiten und besseren Wissenstand der Frauen würden glückliche Ehen geschlossen werden und „gesündere Geschlechter würden erblühen und die Höhe der Säuglingssterblichkeit herabgehen.“<sup>84</sup> Die Notwendigkeit Kinder aufzuklären wurde mit den gesellschaftlich nicht tragbaren Zuständen von unehelichen Kindern und außerehelicher Sexualität im Allgemeinen erklärt.<sup>85</sup>

<sup>78</sup> vgl. Kaupe, Walther: Der Säugling, seine Ernährung und seine Pflege, Leipzig 1907. Risel, Hans: Das Kind. Seine Entwicklung und seine Pflege, Leipzig 1920. Ochwat, Martha: Gesundheitslehre und Säuglingspflege, Langensalza 1927.

<sup>79</sup> Zechengruppe III, Nr. 15, 16.10.1926, S. 7.

<sup>80</sup> Zechengruppe I, Nr. 20, 25.12.1926, S. 7.

<sup>81</sup> Zechengruppe II, Nr. 16, 30.10.1926, S. 7; Zechengruppe III, Nr. 17, 13.11.1926, S. 7.

<sup>82</sup> Günter, Bettina: Schonen-Schützen-Scheuern. Zum Wohnalltag von Arbeiterfamilien im Ruhrgebiet der zwanziger Jahre, Münster/New York 1995, S. 71.

<sup>83</sup> Bajohr, Stefan: Lass dich nicht mit den Bengels ein! Sexualität, Geburtenregelung und Geschlechtsmoral im Braunschweiger Arbeitermilieu 1900 bis 1933, Essen 2001.

<sup>84</sup> Proelss, Sera: Das Eheproblem und die neue sexuelle Ethik, Berlin 1907, S.25, 28 und 31.

<sup>85</sup> Bspw. Friedjung, Josef Karl: Die geschlechtliche Aufklärung im Erziehungswerke, Wien 1926, S. 9, 16f. Wie sage

Der nur in geringem Umfang vorhandene Bereich der Wohnungsgestaltung umriss die Neuerungen der Wohnkultur.<sup>86</sup> Die Hinwendung der Architekten zu einer Möbelausstattung mit sachlichen und geraden Formen ohne Ziergegenstände, wurde genauso thematisiert, wie die Aufwertung der guten Stuben in Wohnräume.<sup>87</sup> Die Wohnung sollte nicht nur als Obdach, sondern als Mittelpunkt des familiären Lebens geschmackvoll eingerichtet sein. Dabei ging es in der Werkzeitschrift zunächst darum, die einzelnen Möglichkeiten der freien Entfaltung individueller Fähigkeiten und Wünsche darzustellen. Dabei fällt auf, dass die Texte, auf denen die Artikel basieren, eine bessere Ausstattung der Wohnverhältnisse als gegeben annahmen und ein hohes Maß an individueller Beschäftigung mit dem Wohnraum forderten.<sup>88</sup>

Die Zielsetzung der von dem Dinta konzipierten Rubrik „Aus dem Reich(e) der Frau“ war zunächst die Konzeption eines Familienbildes, dessen Mittelpunkt die Frau einnahm. Ihre Aufgabe bezog sich auf alle Bereiche des täglichen Zusammenlebens. Dabei wurden aus der Palette der vorherrschenden Debatten und Positionen der zwanziger Jahre des letzten Jahrhunderts gezielt diejenigen ausgesucht, die sich – wenn auch nicht im vollen Umfang – in Arbeiterhaushalten realisieren ließen. Für das Unternehmen wurde so eine Sozialkontrolle geschaffen. Die Isolation der Hausfrau bedeutete eine Abnahme von nachbarschaftlichen Kooperationen und ließ keine Zeit, sozialdemokratische Vereine oder Veranstaltungen zu besuchen. Der Schwerpunkt der Artikel befasst sich mit der Verbesserung der Hygiene und damit der Gesundheit. Dies ist zunächst eine nachvollziehbare Forderung von Unternehmen. Nur gesunde und gestärkte Arbeiter können ihre Leistungskraft voll abrufen. Die Hebung der körperlichen Konstitution der Arbeiter liegt eigentlich außerhalb des Einflusses von Unternehmern. Die Werkzeitschrift konnte hier als Medium genutzt werden, indirekt über die Frau Veränderungen in dieser Hinsicht zu erreichen.

## Fazit

Die Frauenzeitschriften in der Weimarer Republik hatten mit „ihrer Mischung aus informativen, kultur- und gesellschaftspolitischen Artikeln und Unterhaltungs- und Haushaltsteil“ Erfolg. Selbst die linken Frauenzeitschriften nahmen diese Strukturierung der Inhalte vor. In fast allen Blättern finden sich Themen wie Hausarbeit, Haushalt, Kindererziehung, Sparsamkeit oder Mode wieder.<sup>89</sup> Die hohen Auflagen der vielfältigen und zahlreichen Frauenratgeber zeigen die Nachfrage nach solchen Anregungen und Handlungsanweisungen sehr deutlich an.<sup>90</sup>

Dass die Werkzeitschriften dieses erfolgreiche Mittel der Leserinnenbindung teilweise ebenfalls für sich nutzten, verwundert dabei nicht. Die Bindung der Frau an Haus und Kinder und die damit verbundene Aufgabe dem Mann alle außerberuflichen Belastungen abzunehmen, wurde genauso begrüßt wie die damit einhergehende Disziplinierung der Familie. Die Stärkung der Gesundheit der Arbeiter, eine effiziente Nutzung des niedrigen Einkommens und eine Erziehung der Kinder zu in

---

ich's meinem Kinde? Ratschläge zur geschlechtlichen Erziehung für Haus und Familie, Dresden 1924.

<sup>86</sup> vgl. Taut, Bruno: Die neue Wohnung. Die Frau als Schöpferin, Leipzig 1924<sup>2</sup>. Neundörfer, Ludwig: Wie wohnen, Königstein im Taunus/Leipzig 1929.

<sup>87</sup> Zechengruppe III, Nr. 12, 4.9.1926, S. 7.

<sup>88</sup> Zechengruppe III, Nr. 1, 3.4.1926, S. 6.

<sup>89</sup> Wilhelms: Frauenzeitschriften, S. 53-54. Vgl. Mahn, Frauenwelt, S. 41ff.

<sup>90</sup> Hagemann, Karen: „Wir hatten mehr Notjahre als reichliche Jahre“. Lebenshaltung und Hausarbeit Hamburger Arbeiterfamilien in der Weimarer Republik, in: Tenfelde, Klaus (Hg.): Arbeiter im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1991, S. 231-232.

rationalen, produktivitätssteigernden Kategorien denkenden Menschen, unterstütze die betriebliche Sozialpolitik der Unternehmen. Je mehr die Wohnung zur privaten Sphäre wurde, desto größeres öffentliches und unternehmerisches Interesse wurde ihr gezollt.<sup>91</sup> Hier bot sich auch den Dinta-Redakteuren ein Betätigungsfeld. Die Familie, mit der Frau in der Rolle der Wächterin über die Wohnung, das Zusammenleben und die Erziehung, sollte dabei helfen, den neuen produktiveren und rationalisierten Arbeiter zu ermöglichen.

Bei der Konzipierung der Rubrik „Aus dem Reich(e) der Frau“ achtete man bei der Textschwierigkeit, dem Stil und auch der Themenwahl darauf, dass ein bestimmter Leserkreis angesprochen wurde. So setzten die Redakteure auf der Leserseite eine mittlere Lesefähigkeit ohne fachspezifisches Vorwissen voraus. Durch die Themenwahl, die sich auf die Lebenswelt der Arbeiterfrauen bezog, stieg auch die Motivation zum Lesen. Bei der Textgestaltung wurde die Mischung kürzerer und längerer Texte, der klare Aufbau der Artikel und ein lebendiger Stil bevorzugt und der Inhalt des Lesestoffes und seine Darstellung boten Hilfestellungen. Obwohl ein normativer Inhalt vorherrschte, setzten die Artikel auf Einsicht statt auf Befehle. Wichtige Voraussetzungen zur Animierung der Adressatinnen zum Lesen waren damit gegeben. Ob und in welchem Maße die Arbeiterfrauen die Artikel gelesen haben, kann hingegen nicht festgestellt werden.

---

<sup>91</sup> Sachse, Carola: Anfänge der Rationalisierung der Hausarbeit in der Weimarer Republik, In: Orland, Barbara (Hg.): Haushaltsträume. Ein Jahrhundert Technisierung und Rationalisierung im Haushalt, Königstein im Taunus 1990, S. 49-61, hier S. 50.

---

## **JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG**

---

### **Kurzprotokoll der außerordentlichen Mitgliederversammlung des Arbeitskreises für kritische Unternehmens- und Industriegeschichte e.V. am 27.1.2005 in Bochum**

Teilnehmer: Jan-Otmar Hesse, Ralf Himmelmann, Stephanie Tilly, Burkhard Zeppenfeld, Andreas Zilt, Dietmar Bleidick, Morten Reitmayer, Ruth Rosenberger, Johannes Platz, Dag Krienen, Lutz Budraß, Michael Kanther, Boris Barth, Alfred Reckendrees, Karl Lauschke, Andreas Dörschner, Tim Schanetzky, Christian Kleinschmidt, Birgit Bubliss-Sodan, Dieter Ziegler, Stefanie van de Kerkhof, Ralf Banken, Roman Köster, Jens Scholten.

#### **Feststellung der Beschlußfähigkeit**

Die Beschlussfähigkeit wurde festgestellt.

#### **Satzungsänderung**

Es wurden folgende Satzungsänderungen beschlossen:

In §9.2 wird der vierte Satz ersetzt durch „Eine ordnungsgemäß geladene JHV ist beschlussfähig“, Satz 3 wird abgeändert in „Sie ist unter Angabe der Tagesordnung 21 Tage vorher schriftlich anzuzeigen.“ Die Änderungen wurden einstimmig mit einer Enthaltung angenommen.

§8.1 Der Vorstand wurde um zwei Beisitzer erweitert, die Formulierung „d-e“ wurde in „d-g“ geändert. §8.6 Satz 2 wurde geändert in „Er ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend ist.“ Die Änderungen wurden einstimmig angenommen.

§1.2 wurde geändert in „Als Anschrift gilt die des Lehrstuhls für Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte der Ruhr-Universität Bochum.“ §1.3: Satz eins wurde geändert in „des 19. und 21. Jahrhunderts“ und Satz 2 (regionaler Schwerpunkt) wurde gestrichen. Die Änderungen wurden einstimmig angenommen.

§13.1 Satz zwei wurde geändert in „Hierzu ist eine Mehrheit von drei Vierteln der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder notwendig.“ Die Änderung wurde einstimmig angenommen.

In §5.4 wurde ein Druckfehler korrigiert („Weitere“). Die Änderung wurde einstimmig beschlossen.

§15 Wurde mit einstimmigem Beschluß geändert in „Diese Satzung tritt am 27.01.2005 in Kraft und löst die Satzung vom 05.04.1990 ab.“

### **Bericht des Vorstandes über das Jahr 2003**

Im Jahr 2003 fand im Oktober die Jahrestagung zum Thema Marketing im BMW-Archiv mit 15 Teilnehmern statt. Ein Band in der Schriftenreihe hierzu erschien 2004. Die Tagung und der Band wurden von BMW finanziert.

Die Akkumulation erschien zweimal.

Band 10 der Schriftenreihe (Köster: Brauwirtschaft) erschien und kann von den Mitgliedern verbilligt erworben werden.

Ferner wurde ein Schreiben des Mitgliedes Manfred Grieger verlesen.

Bericht des Kassierers:

Der Kassierer legt einen Kassenbericht mit Aufstellung vor.

Der Kassierer gibt zu, dass in der Vergangenheit Nachlässigkeiten vorgekommen seien. Als Konsequenz daraus wurde das Rechnungswesen der Kasse auf EDV umgestellt, wodurch eine leichtere und kostengünstigere Einziehung der Beiträge möglich ist. In Zukunft sollen die Beiträge pünktlich eingezogen werden.

In 2003 ist das Vermögen um ca. 700 EUR zurückgegangen, vor allem durch den Druckkostenzuschuß zu Band 10 der Schriftenreihe.

In Zukunft soll neben dem satzungsgemäßen Bericht über den Rechnungszeitraum des abgelaufenen Jahres auch ein zeitnaher Bericht zur Diskussion gestellt werden.

Zur Kontrolle der Ausgaben soll in Zukunft bei Versammlungen ein Haushaltsplan vorgelegt werden.

Bei Projekten ab 1.000 EUR Volumen soll eine gesonderte Projektabrechnung vorgelegt werden.

Es soll festgelegt werden, zu welchen Bedingungen Zuschüsse zu Publikationen gegeben werden. Dies kann über ein unabhängiges Gutachterverfahren für Publikationen erfolgen.

### **Bericht der Kassenprüfer**

Die Kassenprüfer haben am 6. Oktober 2004 die Kasse geprüft, die Rechnungslegung ist in Ordnung. Es seien illegale Abbuchungen vorgekommen, weswegen Strafanzeige gestellt wurde.

### **Entlastung des Vorstandes und der Kassenprüfer**

Der Vorstand wird mit 17 zu 5 Stimmen bei Enthaltung des Vorstandes entlastet für das Jahr 2003.

Die Kassenprüfer wurden einstimmig entlastet.

### **Neuwahl des Vorstandes und der Kassenprüfer**

Der Vorstand wurde in geheimer Abstimmung en bloc gewählt. Der amtierende Vorstand stellte sich zur Wiederwahl. Als weitere Beisitzerin kandidiert Ruth Rosenberger. Der siebte Beisitzerposten blieb unbesetzt. Der Vorstand wird mit 20 ja-Stimmen, 2 Enthaltungen und einer ungültigen Stimme gewählt.

Kassenprüfer Lutz Budraß bleibt im Amt, für Dietmar Bleidick wird einstimmig per Handzeichen Michael Kanther gewählt.

### **Zur weiteren Arbeit des AKKU**

Bis zur nächsten JHV sollen Ideen für Ort und Thema der AKKU-Tagung 2006 beim Vorstand eingehen

---

## **SATZUNG**

---

Bei der außerordentlichen Mitgliederversammlung des Arbeitskreises für kritische Unternehmens- und Industriegeschichte e.V. am 27.1.2005 in Bochum wurden einige Satzungsänderungen beschlossen. Die geänderte Satzung wird den Mitgliedern hiermit bekanntgegeben.

Satzung:

### **§ 1 Name, Sitz und Zweck des Vereins**

- (1) Der Verein führt den Namen „Arbeitskreis für kritische Unternehmens- und Industriegeschichte“, in Folge Verein genannt.
- (2) Der Sitz des Vereins ist Bochum. Als Anschrift gilt die des Lehrstuhls für Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte der Ruhr-Universität Bochum.
- (3) Der Zweck des Vereins ist die Förderung der Industriegeschichtsforschung des 19. und 21. Jahrhunderts unter besonderer Berücksichtigung neuerer methodischer und empirischer Forschungsansätze im internationalen Vergleich. Zur Verwirklichung u. a. des Anspruches der Interdisziplinarität, arbeitet der Verein mit anderen Vereinen, Institutionen, Archiven, Verbänden und Einzelpersonen zusammen. Eine weitere zentrale Aufgabe sieht er in der Heranführung einer größeren Öffentlichkeit an seine Arbeit. Hierzu sollen Veranstaltungen, Ausstellungen, Vorträge, Publikationen, die Erarbeitung von Unterrichtsmaterialien und audiovisueller Medien, Exkursionen und didaktisch aufbereitete Museums- und Betriebsbesichtigungen dienen. Er ver-

folgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Gemeinnützigkeitsverordnung, dies gilt auch im Hinblick auf die Verwendung etwaiger Gewinne.

- (4) Der Verein ist selbstlos tätig, er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- (5) Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.
- (6) Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.
- (7) Der Verein soll in das beim Amtsgericht Bochum geführte Vereinsregister eingetragen werden und erhält dann den Namenszusatz „e. V.“.

## **§ 2 Arten der Mitgliedschaft**

- (1) Der Verein hat Mitglieder und Ehrenmitglieder.
- (2) Die Mitglieder des Beirates gem. § 11 gelten nicht als Ehrenmitglieder.
- (3) Die Ernennung zum Ehrenmitglied gem. § 3,3 setzt die Mitgliedschaft im Verein nicht voraus.

## **§ 3 Erwerb der Mitgliedschaft**

- (1) Mitglied kann jede natürliche oder juristische Person werden, die einen schriftlichen Aufnahmeantrag an den Vorstand stellt. Natürliche Personen müssen das achtzehnte Lebensjahr vollendet haben.
- (2) Über die Aufnahme entscheidet die Mitgliederversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit. Die Abstimmung erfolgt in Abwesenheit des Antragstellers / der Antragstellerin. Die Aufnahme bzw. Nichtaufnahme wird dem Antragsteller / der Antragstellerin schriftlich mitgeteilt.
- (3) Die Ehrenmitgliedschaft wird auf Antrag des Vorstandes von der Mitgliederversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit verliehen.

## **§ 4 Beendigung der Mitgliedschaft**

- (1) Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, Streichung oder Tod.
- (2) Der Austritt ist dem Vorstand schriftlich anzuzeigen. Der Austritt kann nur zum Jahresende erfolgen und entbindet nicht von der Verpflichtung, noch ausstehende Beiträge nachzuzahlen. Mit dem Austritt erlischt jeder Anspruch gegen den Verein, sofern nicht schriftliche Sonderregelungen getroffen wurden.
- (3) Anträge auf Ausschluß können von jedem Mitglied beim Vorstand unter Angabe von Gründen gestellt werden. Über den Antrag entscheidet die Mitgliederversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit. Sie ist unter Angabe des Ausschlussantrages in der Tagesordnung vom Vorstand einzuberufen. Der Beschluß ist dem Betroffenen / der Betroffenen durch Einschreiben mitzuteilen. Er / sie kann binnen vier Wochen unter Angabe von Gründen beim Vorstand eine neue Abstimmung beantragen. Eine dann unter Angabe des Antrages einzuberufende Mitgliederversammlung entscheidet endgültig über den Ausschluß.
- (4) Der Vorstand verfügt die Streichung eines Mitgliedes, wenn dieses trotz zweifacher schriftlicher Mahnung einen Beitragsrückstand aufweist. Zwischen beiden Mahnungen muß ein Zeitraum von vier Wochen liegen. Die zweite Mahnung muß in Form eines Einschreibens erfolgen und die satzungsgemäßen Konsequenzen der Nichtbezahlung zum Ausdruck bringen.

- (5) Der Beschluß über den Ausschluß / die Streichung ist dem Betroffenen / der Betroffenen eingeschrieben mitzuteilen. Mit dem Ausschluß / der Streichung erlischt jeder Anspruch gegenüber dem Verein, sofern nicht schriftliche Sonderregelungen vorliegen. Der Ausschluß / die Streichung entbindet nicht von der Verpflichtung, den ausstehenden Beitrag und die Mahnkosten nachzuzahlen.
- (6) Die Ehrenmitgliedschaft kann aberkannt werden. Sofern nicht Ehrenmitglieder gem. § 2,2 betroffen sind, wird wie in § 4,3 verfahren.

## **§ 5 Rechte und Pflichten der Mitglieder**

- (1) Jedes Mitglied besitzt aktives und passives Wahlrecht.
- (2) Ehrenmitglieder, die nicht gleichzeitig Mitglieder sind, besitzen kein Wahlrecht.
- (3) Juristische Personen haben nur ein aktives Wahlrecht und besitzen nur eine Stimme. Die Regelung der Wahrnehmung des Stimmrechtes ist von der juristischen Person dem Vorstand gegenüber schriftlich anzuzeigen.
- (4) Weitere Rechte und Pflichten ergeben sich aus der Vereinsarbeit und sind nicht Gegenstand dieser Satzung.

## **§ 6 Beiträge**

- (1) Der Verein erhebt einen Jahresbeitrag, dessen Höhe von der Jahreshauptversammlung festgelegt wird. Er ist bis zum 30. Juni eines jeden Jahres zu leisten.
- (2) Arbeitslose sind von der Beitragsleistung befreit, ebenso Wehrpflichtige und Zivildienstleistende für die Dauer ihrer Dienstzeit. Studierende und Auszubildende zahlen fünfzig von Hundert des Beitrages.
- (3) Ehrenmitglieder, die nicht gleichzeitig Vereinsmitglieder sind, sind von der Beitragszahlung befreit.

## **§ 7 Organe des Vereins**

- (1) Organe des Vereins sind:
  - Die Mitgliederversammlung;
  - Der Vorstand;
  - Die KassenprüferInnen.
- (2) Die Leitung des Vereins obliegt dem Vorstand.
- (3) Der Vorstand, einzelne Vorstandsmitglieder und die Kassenprüfer werden in der Jahreshauptversammlung oder in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung geheim gewählt. Für die Wahl ist die einfache Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder ausreichend.

## **§ 8 Der Vorstand**

- (1) Der Vorstand besteht aus folgenden Mitgliedern:
  - a) dem Vorsitzenden/der Vorsitzenden;
  - b) dem Schriftführer/der Schriftführerin
  - c) dem Kassierer/der Kassiererin
  - d) – g) den Beisitzern/den Beisitzerinnen
- (2) Der Vorstand wird auf die Dauer von einem Jahr gewählt.

- (3) Der Vorstand gilt als ordnungsgemäß bestellt, wenn die Positionen a) bis einschließlich c) besetzt sind. Ämtermehrheit ist nicht gestattet. Bei Ausscheiden eines Vorstandsmitgliedes kann der Vorstand bis zur Neuwahl ein Mitglied mit dessen Aufgaben betreuen.
- (4) Dem Vorstand können nur Vereinsmitglieder angehören.
- (5) Jeweils zwei Vorstandsmitglieder können den Verein rechtswirksam vertreten.
- (6) Der Vorstand entscheidet mit einfacher Stimmenmehrheit. Er ist beschlussfähig, wenn mindestens drei Mitglieder anwesend sind.

### **§ 9 Die Mitgliederversammlung**

- (1) Es gibt die Jahreshauptversammlung sowie ordentliche und außerordentliche Mitgliederversammlungen.
- (2) Der Vorstand beruft alljährlich eine Jahreshauptversammlung ein. Über ihren Verlauf ist ein Protokoll anzufertigen, das vom Schriftführer zu unterzeichnen ist. Sie ist unter Angabe der Tagesordnung den Mitgliedern einundzwanzig Tage vorher schriftlich anzuzeigen. Eine ordnungsgemäß geladene Jahreshauptversammlung ist beschlussfähig.
- (3) Der Vorstand kann bei Vorliegen wichtiger Gründe Mitgliederversammlungen einberufen. Er ist dazu verpflichtet, wenn ein Viertel der stimmberechtigten Mitglieder dies verlangt. Dieses Begehren ist dem Vorstand unter Beifügung der nötigen Unterschriften schriftlich mitzuteilen. Ansonsten gelten die Vorschriften bezüglich der Jahreshauptversammlung.

### **§ 10 Die Kassenprüfer**

- (1) Es ist jedes Jahr ein Kassenprüfer / eine Kassenprüferin auf die Dauer von zwei Jahren zu wählen. So sind jeweils zwei Kassenprüfer / Kassenprüferinnen im Amt, von denen in jedem Jahr jeweils der / die Ämterältere ausscheidet.
- (2) Wiederwahl ist erst nach zwei Jahren zulässig.

### **§ 11 Der wissenschaftliche Beirat**

- (1) Der wissenschaftliche Beirat ist ein Beratungsgremium des Vorstandes des Vereins.
- (2) Die Mitglieder des Beirates werden auf Vorschlag des Vorstandes von der Mitgliederversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt.
- (3) Die Zusammensetzung und die Aufgaben des Beirates werden durch eine Geschäftsordnung geregelt, die nicht Gegenstand dieser Satzung ist.

### **§ 12 Auflösung des Vereins**

- (1) Über die Auflösung des Vereins kann nur eine außerordentliche Mitgliederversammlung entscheiden. Sie ist ausschließlich zu diesem Zwecke einzuberufen. Für die Auflösung müssen drei Viertel der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder stimmen.
- (2) Sinkt die Mitgliederzahl unter sieben Personen ab, ist der Verein zum Ende des Jahres aufzulösen.
- (3) Das Vereinsvermögen geht nach der Auflösung des Vereins oder bei Wegfall seines bisherigen Zweckes auf die „Gesellschaft der Freunde der Ruhr – Universität Bochum“ über, die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat.

### § 13 Satzungsänderung

- (1) Die Vereinssatzung kann nur von der Jahreshauptversammlung oder einer außerordentlichen Mitgliederversammlung geändert werden. Hierzu ist eine Mehrheit von drei Vierteln der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder notwendig.
- (2) Der Antrag auf Satzungsänderung ist den Mitgliedern mit der Einladung schriftlich mitzuteilen.
- (3) Satzungsänderungen, die die in § 1 genannten gemeinnützigen Zwecke betreffen, bedürfen der Einwilligung des zuständigen Finanzamtes.

### § 14 Sonstige Bestimmungen

- (1) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
- (2) Was Gegenstand der Vereinsarbeit gem. § 5,4 ist, entscheidet die Mitgliederversammlung.

### § 15 Schlußbestimmung

- (1) Diese Satzung tritt am 27.01.2005 in Kraft und löst die Satzung vom 05.04.1990 ab.

---

## TAGUNG

---

Die Vorbereitungen für die gemeinsame Tagung von AKKU, GUG und der European Business History Association zum Thema „**Corporate Images – Images of the Corporation**“ sind mittlerweile weit Fortgeschritten. Genauere Informationen und das Programm finden sich auf den Webseiten [www.ruhr-uni-bochum.de/akku](http://www.ruhr-uni-bochum.de/akku) und unter [www.unternehmensgeschichte.de/ebha2005](http://www.unternehmensgeschichte.de/ebha2005).

---

## NEUE LITERATUR

**Hinweis der Redaktion:** Im letzten Heft kam es zu einem bedauerlichen Fehler bei dem Abdruck der Rezension des Buches von Ingo Böhle (Private Krankenversicherung im Nationalsozialismus). Der Rezensent war nicht Christian Kleinschmidt, wie irrtümlich angegeben, sondern Dieter Ziegler. Wir bedauern das Versehen.

---

**Johann Peter Murmann: Knowledge and Competitive Advantage. The Coevolution of Firms, Technology and National Institutions, Cambridge University Press, Cambridge, New York etc. 2003, 294 Seiten.**

Warum war die deutsche synthetische Farbenindustrie vor dem Ersten Weltkrieg weitweit so erfolgreich? Warum eroberten einige Unternehmen erfolgreich den Weltmarkt, warum scheiterten andere und woher resultierten die internationalen Wettbewerbsvorteile deutscher Anbieter gegenüber ihren englischen und amerikanischen Konkurrenten? Johann Peter Murmann bedient sich zur Beantwortung

tung dieser Fragen der „Theory of Coevolution“ und liefert über einzelne Fallanalysen hinaus einen beachtenswerten Ansatz zu einer vergleichenden Wirtschafts-, Technik- und Unternehmensgeschichte.

Bislang bewegten sich Erklärungsansätze zur Darstellung von Wettbewerbsvorteilen auf der Ebene des Staates oder eines Industriezweiges. Ökonomische Theorien konnten bislang zwar durchaus erklären, warum Deutschland eine erfolgreiche Farbenindustrie aufbaute, einzelne Aspekte dieser Erfolgsgeschichten wurden in unterschiedlichen theoretischen Modellen und Darstellungen über technische Entwicklungen, Bildungssysteme etc. thematisiert, doch die Rolle einzelner Unternehmen und deren Einbettung in institutionelle Zusammenhänge blieben zumeist unterbelichtet. Johann Peter Murmann beabsichtigt mit seiner Herangehensweise „to integrate the existing theories that emphasize either environmental or firm-level factors into a comprehensive framework“ (S. 198). Dabei stützt sich Murmann auf eine breite Literaturlauswertung und kommt ohne die Nutzung archivalischer Quellen aus.

Die Arbeit besteht neben der Einleitung aus vier zentralen Kapiteln. Im ersten Kapitel widmet sich Murmann den unterschiedlichen nationalen institutionellen Voraussetzungen, um in einem weiteren Kapitel aus jedem der drei untersuchten Länder zwei Fallstudien vorzustellen. Diese werden schließlich im Rahmen der Coevolutionstheorie auf nationaler Ebene mit den jeweiligen institutionellen Voraussetzungen abgeglichen. Abschließend lässt Murmann dann seine Ergebnisse in eine „Institutional Theory of Competitive Advantage“ münden. Ein Anhang gibt Einblicke in technikhistorische Zusammenhänge der Farbenindustrie sowie in Murmanns Datenbasis.

Den theoretischen Rahmen der Arbeit bildet der Coevolutions-Ansatz. Der Begriff der Coevolution stammt ursprünglich aus der Biologie, wobei Murmann darauf hinweist, dass eine Benutzung in sozialwissenschaftlichen oder ökonomischen Zusammenhängen vorsichtig zu handhaben sei. Der Coevolutions-Ansatz beantwortet die Frage, warum sich in einem bestimmten Land institutionelle Strukturen herausbildeten und sich gegenseitig ergänzten, die wiederum eine größere Wahrscheinlichkeit für Dynamik, Wachstum und Überleben im Sinne eines Selektionsprozesses boten. Von Seiten der Unternehmen setzt dies spezifische Fähigkeiten und Strategien der Anpassung und des Lobbyismus voraus, um sich die institutionelle Umgebung nach eigenen Vorstellungen zu formen. Dabei werden zugleich Fragen nach Möglichkeiten und Grenzen unternehmerischen Handelns, nach Routinen und Lernprozessen vor dem Hintergrund sich wandelnder Umweltbedingungen aufgeworfen.

Welches sind nun die für den Erfolg von Industrien und einzelnen Unternehmen relevanten Institutionen und insbesondere für die Entwicklung der Farbenindustrien in Deutschland, Großbritannien und den USA? Welche Coevolutionsprozesse führten zur weltweiten Dominanz der deutschen Farbenindustrie vor dem Ersten Weltkrieg? Johann Peter Murmann verweist dabei vor allem auf Institutionen wie das Patentwesen, Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen sowie Ausbildungssysteme, die eine gegenseitige kausale Verbindung und einen engen Bezug zu einzelnen Unternehmen aufwiesen. Murmann kann mit empirischen Hinweisen auf unterschiedliche Institutionen belegen, warum Großbritannien Mitte des 19. Jahrhunderts als führende Industrienation auch auf dem Gebiet

der Farbenindustrie diese Rolle an Deutschland abtreten musste und warum die USA bis zum Ersten Weltkrieg hier nur eine untergeordnete Rolle spielten.

Deutschland verfügte spätestens ab 1877 über ein effektives Patentwesen, über hervorragende Universitäten, Polytechnische Institute und Handelsschulen und damit über hochqualifiziertes Personal, wobei eine enge Kooperation mit den F&E-Abteilungen der führenden Unternehmen bestand. Es bildeten sich regelrechte Wissensnetzwerke heraus, die dem deutschen System gegenüber dem englischen und amerikanischen deutliche Vorteile brachten. Und gerade vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Situation deutscher Universitäten ist zu betonen, dass ein Großteil dieser Konkurrenzvorteile nicht zuletzt aus der Tatsache resultierte, dass dieses System finanziell großzügig durch die öffentliche Hand gefördert wurde.

Anhand von einzelnen Unternehmensstudien der drei Staaten (u.a. Bayer, Levinstein, Schoellkopf) bringt Murmann mit Hilfe des Coevolutions-Ansatzes unter Berücksichtigung institutioneller Verflechtungen und mit Blick auf spezifische Unternehmensstrategien unterschiedliche Erklärungsansätze zusammen und gelangt so zu einem überzeugenden Vergleich der Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte, die hoffentlich Nachahmer für andere empirische Studien finden wird.

---

**Lothar Gall (Hg.): Krupp im 20. Jahrhundert. Die Geschichte des Unternehmens vom Ersten Weltkrieg bis zur Gründung der Stiftung (Red. Burkhard Beyer), Siedler Verlag, Berlin 2002. 720 S., 34,90 EUR.**

An Krupp kann man sich abarbeiten. Das ist nicht erst seit gestern so, sind doch die historischen und journalistischen Darstellungen über den Essener Montankonzern gar nicht mehr zu überblicken und füllen ganze Bibliotheken. Als Gegenstand von Bewunderung, Spekulation und Verdächtigung ist die einzigartige Stellung von Krupp vielleicht am besten daran ablesbar, daß sich selbst die Belletristik des Unternehmens annahm. Seine schiere Größe im Kontrast zur alleinigen Eigentümerschaft der Familie, vor allem aber die ausgeprägte Staatsnähe der sprichwörtlichen „Waffenschmiede der Nation“ erklärt die anhaltende Faszination, die vom „Mythos Krupp“ ausgeht. Vor diesem Hintergrund kann das Verdienst einer quellengesättigten Gesamtdarstellung der Kruppschen Unternehmensgeschichte im Kontext der politischen Entwicklung im 20. Jahrhundert gar nicht hoch genug veranschlagt werden: Die Krupp-Stiftung hat mit diesem delikaten Unterfangen Lothar Gall betraut, der sich die Arbeit mit Werner Abelshauser, Toni Pierenkemper und Klaus Tenfelde teilte. Die Stiftung gewährte den Autoren unbeschränkten Archivzugang sowie alle inhaltlichen und konzeptionellen Freiheiten.

Das Ergebnis ist eine beeindruckende, ausgezeichnet lesbare Darstellung, die sich an der Chronologie der Unternehmensentwicklung im „kurzen 20. Jahrhundert“ zwischen Erstem Weltkrieg und Überführung des Familienbesitzes in die Krupp-Stiftung 1967/68 orientiert. Klaus Tenfelde zeichnet dabei für den Abschnitt von 1914 bis 1924/25 verantwortlich, während Toni Pierenkemper die Phase zwischen zwei Krisen (Finanzierungskrise 1924/25 und Weltwirtschaftskrise bis 1933) untersucht. Den größten Raum nimmt Werner Abelshausers Beitrag über Krupp im Nationalsozialismus und in den ersten Nachkriegsjahren (bis zur Entlassung Alfred Krupps aus der Landsberger Haft

1951) ein. Lothar Gall schließlich widmet sich der Nachkriegsentwicklung des Konzerns bis zum Ende des persönlichen Regiments der Eigentümerfamilie.

Alle Beiträge stellen die Entwicklung des Unternehmens in den Kontext der politischen Geschichte, und darin liegt der spezifische Vorzug der Arbeitsteilung zwischen den Autoren: Tenfelde und Abelshauer nutzen gekonnt die Möglichkeit, die Unternehmensentwicklung in den Weltkriegen eng verzahnt mit den Problemen der Konversion in den unmittelbaren Nachkriegsjahren zu betrachten. Auf die zahlreichen neuen Einzelergebnisse der vier Beiträge kann hier nicht im Detail eingegangen werden, aber der zentrale Befund des Bandes ist doch eindeutig: In beiden Weltkriegen konnte das Unternehmen mit der Rüstungsfertigung gute Geschäfte machen. Zugleich relativieren die Autoren jedoch den Mythos von der „Waffenschmiede“ Krupp, indem sie die mit der Rüstungsfertigung verbundenen Lasten kaum weniger deutlich herausstellen. Das Unternehmen suchte einen Mittelweg, sollten doch einerseits die Gewinnmöglichkeiten genutzt, auf der anderen Seite hingegen potentielle Belastungen für die Nachkriegsjahre möglichst gering gehalten werden. Besonders Abelshauer kann eindrucksvoll zeigen, wie die Entscheidungsprogramme des Unternehmens dabei schrittweise unter den Einfluß der nationalsozialistischen Rüstungsverwaltung gerieten. Vor allem macht er aber deutlich, daß die Erfahrungen, die das Unternehmen in der Rüstungswirtschaft des Ersten Weltkrieges und bei der krisenhaften Konversion auf eine weitgehend zivile Produktpalette nach 1918 gesammelt hatte, im Unternehmen auch nach 1933 immer präsent blieben – ein Aspekt, der in der augenblicklichen Diskussion über das Ausmaß der unternehmerischen Autonomie im Nationalsozialismus zu wenig berücksichtigt wird. Und im Beitrag von Lothar Gall wird offenkundig, daß der „Mythos Krupp“ im Wiederaufbau schließlich vollends rekursiv wurde und auf die Formulierung der Unternehmenspolitik zurückwirkte: Unter dem Eindruck ausgiebiger Demontagen, alliierter Auflagen und dem Nürnberger Verfahren leitete Alfried Krupp die endgültige Abkehr von der Tradition der Rüstungsproduktion in die Wege – Krupp sollte nie wieder mit Kanonen in Verbindung gebracht werden können.

Ein zweiter Punkt ist besonders hervorzuheben. Die Entstehung des Bandes fiel mitten in eine Phase, in der sich die Unternehmensgeschichte ihres methodologischen Rüstzeugs vergewisserte. Diese Debatte schlägt sich auch in der konzeptionellen Vorgehensweise der vier Autoren nieder, woraus der Band seine spezifische Spannung bezieht. Alle Beiträge berücksichtigen Fragen der Unternehmensführung (v.a. Rolle der Eigentümerfamilie), der strategischen Unternehmenspolitik, des strukturellen Wandels von Produkten, Standorten und technischen Verfahren, der Finanzierung und der sozialen Verhältnisse im Unternehmen. Sie setzen dabei aber deutlich erkennbare eigene Schwerpunkte. So führt Pierenkemper empirisch vor, was er auch theoretisch vehement eingefordert hat: Eine verstärkte Orientierung am ökonomischen Kern des Unternehmens. Seine Darstellung entwickelt die Unternehmensgeschichte zwischen Währungsstabilisierung und Weltwirtschaftskrise systematisch unter dem Blickwinkel der Unternehmensfinanzierung. Die Perspektive der allgemeinen Geschichte spiegelt sich kaum weniger deutlich in der Darstellung Galls wider, die sich stark auf die Politik der Unternehmensleitung und dort besonders auf die Rolle von Alfried Krupp und seines Generalbevollmächtigten Bertold Beitz konzentriert. Einen breiteren Blick auf die Unternehmensgeschichte eröffnen die Beiträge von Abelshauer (mit klarem Schwerpunkt auf der Frage nach den unternehmerischen Handlungsspielräumen im Nationalsozialismus) und Tenfelde (der zugleich auch eine Sozialgeschichte der „Kruppianer“ schreibt). Der Band führt somit auch die Leistungsfa-

higkeit verschiedener unternehmenshistorischer Ansätze am Beispiel Krupps vor. Auf der anderen Seite zerfällt die Darstellung damit jedoch in vier recht deutlich voneinander geschiedene Teile, die untereinander zwar kaum Redundanzen aufweisen, durch ihre unterschiedlichen Schwerpunkte aber eine Synthese erschweren. Ein einigendes Band hätte wohl die systematischere Betonung der Organisationsentwicklung sein können – dieser Aspekt bleibt in allen Beiträgen merkwürdig blaß.

Was nach der Lektüre aber am meisten überrascht, ist die Tatsache, daß das Unternehmen überhaupt überlebt hat. Darin liegt das herausragende Verdienst dieses Bandes: Er zeigt, daß auch das organisatorische Überleben eines Unternehmens, das bis heute immer wieder als Beispiel für die Entwicklung der Unternehmerwirtschaft schlechthin vereinnahmt wird, keineswegs selbstverständlich war, sondern an sich erklärungsbedürftig ist. Die Unternehmensgeschichte von Krupp im 20. Jahrhundert ist zugleich eine Geschichte von der zyklischen Wiederkehr existenzbedrohender Krisen. Und die vier Autoren rekonstruieren eine spezifische Unternehmenskultur, die sich bei Krupp im Umgang mit derartigen Krisen ausgeprägt hatte: In der Not stand stets die Bewahrung des Familieneigentums im Vordergrund. Und im Zweifel hielt sich das Unternehmen lieber an den Staat, wobei es den Mythos von der eigenen staatspolitischen Bedeutung in Krisensituationen geschickt zu instrumentalisieren wußte. Erst in der Finanzierungskrise der 1960er Jahre kam dieses Modell an sein Ende: Die rüstungswirtschaftliche Bedeutung war – gewollt – passé, und im Rahmen der Sanierung drang der Staat im Verein mit den Großbanken nun darauf, den Eigentümer aus dem operativen Geschäft zu entlassen und klare Kontrollstrukturen im Unternehmen zu etablieren. Auch wenn man gern mehr über den Umgang des Unternehmens mit den weltwirtschaftlichen Verwerfungen der 1970er Jahre, mit der Stahl- und Strukturkrise erfahren hätte, endet die Darstellung Galls doch zu Recht an genau dieser Stelle: Denn seither ist Krupp ein Unternehmen wie viele andere auch. Zur Mythenbildung bestand fortan kein Anlaß mehr.

Tim Schanetzky

### ***Inhalt***

<i>Bonhage, Girschik: Selbstbedienungsgesellschaft</i>	1
<i>Manske-Wiggershaus: Frauenbild in Werkzeitschriften</i>	12
<i>AKKU-JHV Kurtprotokoll</i>	23
<i>Satzung des AKKU</i>	25
<i>Neue Literatur</i>	29



### **IMPRESSUM**

**Akkumulation. Informationen des Arbeitskreises für kritische Unternehmens- und Industriegeschichte**, im Mai 2005.

Herausgegeben vom Vorstand des Arbeitskreises für kritische Unternehmens- und Industriegeschichte e.V., c/o Lehrstuhl für Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte, Fakultät für Geschichtswissenschaft, Ruhr-Universität Bochum, 44780 Bochum. Fax: 0234/32-14464.

Redaktion: Jan-Otmar Hesse u. Jens Scholten. An dieser Ausgabe arbeiteten ferner mit: Barbara Bonhage, Katja Girschik, Christian Kleinschmidt, Britta Manske-Wiggershaus, Tim Schanetzky. Akkumulation wird Mitgliedern des Arbeitskreises kostenfrei zugesandt. Das Abonnement von vier Ausgaben kostet €15. Bankverbindung: Konto-Nr. 333 070 59 bei der Sparkasse Bochum, BLZ 430 500 01.

ISSN-Nr. 1436-0047